

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 105

Juni/Juli/August 2021



Interviews
zur Kommunalwahl
Abriss von Haesler-Bau
Baumschutz in light-Version

INHALT

Kommunalwahl 2021 – frischer Wind im Rat?	3
SPD-Fraktionschef Patrick Brammer Koalition nicht zwangsläufig	4
B'90 / Die Grünen wollen lokale Wende Klimafreundliche Mobilität statt Autostadt	6
Zukunft Celle als neuer Player Unabhängig von Parteiprogrammen	7
„Bürger“ Müller, Bündnis sozialer Gerechtigkeit (BSG) Für Beteiligungsformate mit Einfluss	9
Dirk Gerlach für die Partei Die Partei Anfeindungen sehe ich als Honorierung	10
Und wieder sind nicht die Ausländer an allem Schuld	11
Baumschutzsatzung in light-Version	12
Fahrrad: Nur Optimierung des Bestands	13
Meldungen	14
Laternengespräche: Zurück in die Zukunft	16
Rheinmetall: Keine Profite aus Krieg im Jemen	18
Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt	19
Rettungskette für Menschenrechte	20
Umfrage Neuenhäusen	21
Gedenkdemonstration für Arkan Hussein Khalaf	22
Haesler-Bau abgerissen: Musste das sein?	23
Mustersanierung im Blumläger Feld	25
Im Wald und auf der Heide / Blick nach Links	26
Eschede: Provokation ging von NPD aus	27
Stolpersteine zu Arbeiter-Widerstand im NS	28
Digital: Filme, Ausstellung, Podcast	30
Zapatisten auf dem Weg nach Europa	31



Liebe Lesende,

mit dem Titelfoto stellen wir euch diesmal ein kleines Rätsel. Wir wollen von euch wissen, wo in Celle das Brückenfoto aufgenommen worden ist, das uns so metaphorisch auf bessere Zeiten einstimmt. Unter jenen, die uns bis zum 14.6.2021 die richtige Antwort mailen, verlosen wir die jüngste CD von Joern and the Michaels mit dem ebenfalls schönen Titel „Same as it never was“.

Ansonsten haben wir mal den Klassiker gespielt: Journalist*innen fragen – Politiker*innen antworten (nicht). Doch sie haben geantwortet. Vielleicht ist es eine Hilfe fürs Kreuzchenmachen im September.

Dann wollen wir uns bei all den großzügigen Spender*innen der letzten Monate bedanken: bei Inge und Heike, Ulrike und Arne, bei Gerd, Elke und Moni.

Unsere kleine Redaktion ist gerade etwas geschrumpft. Der Feuilleton-Chef ist in der Reha; wir wünschen ihm das Beste. Und eine Redakteurin ist wegen eines Welpen gewissermaßen in Elternurlaub.

Die nächste Ausgabe erscheint Ende August, Redaktionsschluss ist Mittwoch, der 11. August.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock



Kommunalwahl 2021 – frischer Wind im Rat?

Wir richten schon in dieser Ausgabe einen Fokus auf die Kommunalwahl am 12. September. Das hat einen Grund im Rhythmus unseres Erscheinens. Die nächste Ausgabe wird es erst 14 Tage vor der Wahl geben – und da haben manche unserer Leser*innen vielleicht schon per Briefwahl ihre Kreuze gemacht.

Deshalb haben wir schon jetzt jeweils vier Fragen an die Fraktionen gerichtet, die – sagen wir mal – Mitte-Links einzuordnen sind: SPD, B'90/Die Grünen, Zukunft Celle, BSG und Die Partei. Da fehlen ja die Wählergemeinschaft und Die Linke, werden einige sagen. Ja. Für die WG sind uns keine Fragen eingefallen. Die Linke werden wir in der Septemberausgabe mit Fragen zum Kreistag zu Wort kommen lassen, neben B'90/Die Grünen und der SPD.

Warum haben wir nicht auch CDU, FDP und Die Unabhängigen mit Fragen belästigt? Das liegt ein bisschen am Format. Die Antworten, die ihr auf den folgenden Seiten findet, sind erfolgt auf Fragen, die wir schriftlich an die Fraktionen bzw. Personen gerichtet haben. Wir haben das in der Hoffnung gemacht, dass wir keine Programm-Prosa bekommen. Das hat unseres Erachtens auch weitgehend geklappt. Da aber waren wir uns bei den „konservativen“ Fraktionen nicht sicher.

Möglichkeitsräume öffnen ...

Vielleicht sollten wir noch begründen, warum uns diese Wahlen überhaupt wichtig sind: Wir sehen unsere Gesellschaft vor der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Transformation. Ob „wir“ im globalen Maßstab „unseren Beitrag“ leisten können gegen die Klimakatastrophe und für Klimagerechtigkeit, entscheidet sich am Ende über die Dynamik, die an der gesellschaftlichen Basis entwickelt werden kann – also in den Städten und Gemeinden.

Das betrifft vor allem Fragen der Mobilität und der Wärme. Hier müssen alternative Angebote für die Bürger*innen konkret umgesetzt werden – und es darf nicht auf Kosten der einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten gehen.

Ein Beispiel, warum dafür wichtig ist, wer in der Kommunalpolitik die großen Linien der Politik bestimmt, bieten die Ergebnisse des letzten Fahrradklimatests des ADFC. Über eine Online-Befragung konnten Bürger*innen die Situation in ihren Städten bewerten. Unter den jeweils drei Gewinnerstädten in den vier Größenkategorien ab 50.000 Einwohner*innen gibt es in elf von zwölf Städten Mehrheiten von grün-rot-rot bzw. rot-grün-rot (plus „fortschrittliche“ Wähler*innen-Gruppen). Das ist kein Zufall, sondern spiegelt die Dialektik von stadtgesellschaftlichen Ansprüchen und Umsetzung in „der“ Politik. Das gehört zusammen. Eine engagierte Klimapolitik braucht als Bedingung ihrer Möglichkeit stetige Impulse und Unterstützung aus der Stadtgesellschaft. Aber diese Impulse laufen ins Leere (oder besser gegen eine Wand der Ignoranz), wenn sie nicht im Rat (und in der Verwaltung) auf Resonanz stoßen und sich Mehrheiten für eine Umsetzung finden.

... und vielleicht ist die Zeit reif

Kommunalpolitik in Celle war in der Bundesrepublik immer konservativ dominiert; auch Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) war acht Jahre lang auf Arrangements mit der CDU angewiesen. Aber seitens der CDU gibt es auf vielen kommunalpolitischen Feldern nur Leerlauf. Eine Mitte-Links-Mehrheit mit den Grünen als stärkster Kraft, aber auch den kleineren Parteien und Wählergruppen als „Würze“ könnte in den zentralen Fragen – also Klimakrise und soziale Ungerechtigkeit – einen Wandel einleiten.

Notwendigkeit einer Koalition nicht zwangsläufig

??: Wo sieht die SPD für die nächsten fünf Jahre den größten Veränderungsbedarf in der Stadt?

!!: Hier gibt es viele Punkte. Ganz einfach lassen sich aber alle unsere Ziele besser erreichen, wenn ein Umdenken innerhalb der Stadtverwaltung und der (aktuellen) Ratsmehrheit erreicht wird.

Aktuell gilt das Credo, dass die Stadtverwaltung eine Art Konzern ist, der rein auf betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu führen ist. Aus unserer Sicht muss ein Bewusstsein geschaffen werden, dass die Stadt und deren Verwaltung kein „Betrieb“ ist, ergo somit auch anders zu führen ist. Das Festhalten der „schwarzen Null“ mag in einem Privathaushalt noch plausibel sein. Aber dort, wo Daseinsvorsorge und öffentliche Belange zu organisieren sind, müssen anderen Maßstäbe angesetzt werden.

Die Stadt darf nicht länger als „Konzern“ geführt werden. Der eingeschlagene Weg der Abgabe von Verantwortung an den Kreis muss gestoppt werden. Die Stadt muss weiter die Möglichkeit behalten, in allen Bereichen selbst zu gestalten und Einfluss zu nehmen. Das ständige Festhalten an der schwarzen Null und der zwanghafte Versuch, an einem ausgeglichenen Haushalt festzuhalten, geht zu Lasten der Daseinsvorsorge. Deshalb wird die SPD in der kommenden Ratsperiode u.a. für folgende Themen eintreten: Verlässliche Ganztagsgrundschulen mit ausreichender Unterstützung mit qualifizierten päd. Personal, Förderung von ehrenamtlichem Engagement, barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen städtischen Einrichtungen, Fortführung der Stadtteilprojekte, Fortführung von des Programms „Demokratie Leben“, Erhalt der beiden Frauenhäuser in Celle, Förderung der Elektromobilität, bezahlbarer Wohnraum für alle sowie eigenen Förderung des ÖPNVs mit dem Ziel einer verbesserten Angebotsstruktur.

??: In zwei Jahren steht im Kreistag die Fortschreibung des Nahverkehrsplans an. Die Stadt hat sich da unseres Erachtens zuletzt viel zu wenig eingemischt. Was wären Eure Prioritäten für den ÖPNV?

!!: Der ÖPNV muss allein aus klimapolitischer Sicht ausgebaut werden. ÖPNV ist stets defizitär, d.h. er muss ein „Zuschussgeschäft“ sein. Das bedeutet wiederum, dass die öffentliche Hand diese Zuschüsse geben muss. Eine Finanzierung über die Tickets darf dabei nicht in Frage kommen. Sollten Fahrpreise weiter erhöht werden, sinkt der Erlös. Ein ÖPNV muss für alle attraktiv sein; auch für jene, die gewöhnlich mit dem Auto fahren. Positive Auswirkungen wären eine verbesserte CO₂-Bilanz, weniger überfüllte Zufahrtswege und Parkplätze sowie die Steigerung der Attraktivität unserer Innenstadt.

Die Ausgestaltung des Nahverkehrsplanes obliegt dem Landkreis. Das kulturelle und verkehrliche Zentrum des Landkreises ist die Stadt Celle. Hier muss die Stadt mehr Einfluss auf den Träger des ÖPNVs ausüben.

Die Stadt muss aber auch eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um den ÖPNV innerhalb Celles zu verbessern. Dazu gehört eine bessere Taktung, aber auch eine bessere Abstimmung mit dem Schienenverkehr. Zusätzlich wird es eine Forderung der SPD werden, dass der Hauptumsteigepunkt aus der Innenstadt am Schlossplatz verlegt wird zum ZOB am Bahnhof.

Natürlich muss auch die Flotte der Busse unter Umweltaspekten verändert werden. Ein weiterer Punkt, für den die SPD in der nächsten Ratsperiode eintreten wird, ist die Forderung, dass es mehr P&R-Angebote geben muss. Dies auch deshalb, damit der Autoverkehr in der Innenstadt reduziert wird und somit insgesamt die Lebensqualität in unserer Stadt gesteigert werden kann.

??: Habt ihr Vorstellungen, wie es mit dem Millionengrab Congress Union weitergehen soll?

!!: Ja, das haben wir. Zunächst sei angemerkt, dass die Bezeichnung „Millionengrab“ aus unserer Sicht nicht ganz zutreffend ist. Sicherlich, Stadthallen sind allgemein defizitäre Einrichtungen; ein genauer Blick hinter die komplizierten Verschachtelungen der einzelnen Einheiten des Gesamtkonstruktes „Congress Union“ ist derart kompliziert und unübersichtlich, dass sich keinerlei Transparenz für die Bürger*innen und selbst auch für die Kernverwaltung ergibt. Dieser Missstand ist aufzubrechen. Zum anderen hat das komplizierte Geflecht aus seiner Natur selbst heraus auch Vorteile für die Stadt. Die Stichworte hier: Steuerlicher Querverbund und Einlagerungen von Vermögen in Form von Aktien.

Zumindest Teile dieses Depotvermögens sollten aus unserer Sicht verlagert werden. Und zwar in die für die Allgemeinheit „fassbare“ Vorteile. Wir haben derzeit einen wachsenden Leerstand in der Innenstadt. Dieser ist zum Nachteil aller. Darum haben wir den Antrag auf „Ankauf leerstehender Immobilien durch Umschichtung städtischen Vermögens“ (AN/0074/21) gestellt.

Die Stadt soll hierbei die leerstehenden Häuser erwerben und günstig an Einzelhändler oder Privatpersonen verkaufen. Zum einen wäre die Innenstadt wieder lebendiger, zum anderen können kreative Köpfe in die Innenstadt ziehen und dem Trend der Überflutung von Filialisten, die sich eher völlig überhöhte Mieten und Pachtgebühren leisten können, Einhalt geboten werden. Der Ankauf, sprich die Finanzierung soll durch Teile des Depotvermögens der Congress Union organisiert werden.

Hierbei handelt es sich also um eine Umschichtung. Mehrausgaben für die Stadt: Fehlanzeige. Nutzen für die Stadt: belebte und nachhaltigere City. Für uns ist auch die „Rendite“ für die Innenstadt höher einzustufen als die Renditen aus den Aktien, die im „Keller“ der Congress Union still und leise ihr Dasein fristen und keinerlei fassbare Vorteile für die Allgemeinheit bringen.

??: Falls es im nächsten Rat keine Mitte-Links-Mehrheit gibt - wärt Ihr dann bereit, eine Art Koalition mit der CDU einzugehen? Wir haben jetzt zehn Jahre eine Art Kohabitation, also Oberbürgermeister, die sich im Rat Mehrheiten suchen müssen, Mende konnte das, aber Nigge überlässt es ja immer dem Zufall bzw. verschafft sich Mehrheiten mit der AfD.

!!: Zuallererst sei betont, dass es nicht die Aufgabe des Rates ist, Mehrheiten für Verwaltungsvorschläge zu organisieren. Hier hätte ja allenfalls die CDU ein Interesse, ist es doch ihre legitime Aufgabe „ihren“ OB zu unterstützen. Es ist vielmehr Aufgabe des OBs, für seine Vorhaben eine Mehrheit zu finden. Dazu muss der OB natürlich offen auf die Fraktionen zugehen und für seine Vorhaben werben. - Ist das am Anfang seiner Amtszeit noch rein gar nicht passiert, weil er sich zu jener Zeit auf einen festen Block aus CDU, FDP, Unabhängige und AfD verlassen konnte, so hat sich dies zwischenzeitlich geändert. Die Einsicht, dass eine Abhängigkeit von der AfD nicht erstrebenswert ist, hat sich glücklicherweise im Lauf der Zeit bei der CDU durchgesetzt. Gespräche mit uns haben seitdem zugenommen, was wir sehr begrüßen.

Grundsätzlich sollten wir die klassischen Einordnungen in links, Mitte und rechts mit Vorsicht betrachten. Gerade hier im Rat ist zu beobachten, dass sowohl AfD als auch BSG/Linke zusammen mit „Zukunft Celle“ häufig einen „Abstimmungsblock“ bilden, obwohl die BSG/Linke und Zukunft Celle ein gänzlich anderes und freilich erstrebenswerteres Menschenbild als die „Kollegen“ von der AfD vertreten.

Dass der OB mit seiner „Mehrheitsfraktion“ das Prestigeprojekt „Grundschulstrukturreform“ nebst dazugehörigen Haushalt mit den Grünen in fester Eintracht verabschiedet hat, ist ein weiterer Beleg dafür, vom klassischen Rechts-Links-Schema abzusehen. Dass der vom Zeitgeist getragene schwarz-grüne Hype auch hier bei uns in Celle angekommen ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Auch wenn nach unserer Einschätzung ein Schwarz-Grün im Bund wahrscheinlicher ist als hier in Celle: Steht und fällt ein Bündnis doch häufig von den Personen, die dieses zu organisieren haben.

Auch mit der SPD-Fraktion hat es die ein oder andere Ratsmehrheit gegeben, so z.B. beim letzten Haushalt. Wir finden es richtig, wenn man im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Vielzahl von eigenen Punkten erfolgreich verhandelt und somit durchgesetzt hat, dem entsprechenden Haushalt auch zuzustimmen. Ebenso haben es ja die Grünen bei der Schulstrukturreform gemacht; dieses ist absolut legitim und aus der jeweiligen Sichtweise auch plausibel.

Das Prinzip eines demokratischen Konsenses ist richtig und erstrebenswert. Keine Fraktion wird im Verhältniswahlrecht jemals eine absolute Mehrheit im Celler Rat erlangen. Und das ist auch gut so.

Hinsichtlich der variablen Mehrheitsfindungen im Rat ist es wichtig, die einzelnen Abstimmungen zu kategorisieren. Grundsätzlich lassen sich drei Grundarten von Beschlüssen bzw. Abstimmungen benennen:



1. Beschlüsse, die (nahezu) einstimmig gefasst werden (85%). Hierbei handelt es sich um ca. 85% aller Beschlüsse. Diese haben häufig rein verfahrenstechnischen, verwaltungs- und personalrechtlichen Charakter oder sind anderweitig unstrittig wie z.B. redaktionelle Anpassungen von Satzungen.

2. Beschlüsse, die mit großer Mehrheit gefasst werden (10%): Dabei handelt es sich häufig um Entscheidungen, die nicht im Rechts-Links-Schema einzuordnen sind, wohl aber in einem Schema „konservativ-progressiv“. Als Beispiel können hier Bebauungspläne, Großprojekte und Verkehrsprojekte zählen. Werden diese Veränderungen von der Mehrheit getragen (=progressiv), gibt es auf der Linken die „konservativen“ Gegenstimmen. Die Grünen gesellen sich bisweilen in diesen konservativen Block, in der Regel macht sie hier aber von einem ureigenen Lieblings-Tool Gebrauch: von der Enthaltung.

3. Beschlüsse, die mit knapper Mehrheit gefasst werden (5%): Hier haben wir es mit politischen Entscheidungen zu tun, die noch ins klassische „Rechts-Links-Schema“ passen. Beispiele hierbei sind sozialpolitische, migrationspolitische oder aber auch bildungspolitische Themen. Die Meinungsgrenzen sind klar zwischen CDU, FDP, Unabhängige, AfD auf der einen und SPD, Grüne, WG/Partei, BSG/Linke und Zukunft Celle auf der anderen Seite abgesteckt.

Wenn man die o.g. Kategorisierung von Beschlüssen verinnerlicht, ist die Notwendigkeit einer Koalition nicht zwangsläufig gegeben. Wichtig ist es, immer miteinander im Gespräch zu bleiben. Nur so ist es auch realistisch, unsere ureigenen Themen und Anliegen durchzusetzen. Wir werden sehen, wie sich der neue Rat zusammensetzt. Wir sind uns sicher, dass sich keine automatischen Mehrheiten ergeben. Vielmehr sollten alle demokratischen Fraktionen im stetigen Austausch sein und gemeinsam kluge Entscheidungen für unsere Stadt treffen. Ein starker sozialdemokratischer Einfluss ist hierbei unser Ziel. Dazu stehen wir.

Klimafreundliche Mobilität statt Autostadt

??: *Ihr wollt, dass die Stadt bis 2035 klimaneutral ist. Das setzt selbstverständlich voraus, dass Bund und Land eine entsprechende Dynamik in Gang setzen. Aber was muss sich eurer Auffassung nach in Rat und Verwaltung ändern, damit eine entsprechende Wende in Energie, Mobilität und Wärme auch hier ankommt?*

!!: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutzgesetz war nicht nur eine Klatsche für die Große Koalition in Berlin, sondern ist auch eine Verpflichtung für die Kommunalpolitik, Klimaneutralität ernst zu nehmen. Der Umgang mit dem lokalen Klimaschutzfonds zeigt exemplarisch, wie es nicht laufen darf. Die städtischen Mittel wurden bereits unter OB Mende gekürzt, unter OB Nigge wurden 54000€ Personalkosten zusätzlich aus dem Fonds abgezweigt. Die Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes und des Klimaschutzaktionsplans wurden outgesourct. Unser Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Vergabehöhe des Fonds und auf personelle Aufstockung fanden keine Mehrheit. Die lokale Wende setzt voraus, dass das 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens als Notwendigkeit bei Ratsentscheidungen anerkannt wird. Handlungsfelder sind u.a. klimafreundliches Bauen und Wohnen. Photovoltaik und Solarthermie auf den Dächern sollte bei Neubauten verpflichtend werden. Stärkere Begrünung beeinflusst das Mikroklima. Eine weitere Zersiedlung durch Baulandausweisung ist ebenfalls zu stoppen. Statt einer Autostadt ist eine klimafreundliche Mobilität umzusetzen. Unser Antrag auf eine autofreie Altstadt ist da nur ein erster Schritt. Zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes trägt auch der Einstieg in die Anschaffung für E-Busse sowie Hybrid- und Wasserstoffbusse bei. Die Verwaltung sollte ihre herkömmlichen Fahrzeu-



ge durch E-Autos oder E-Bikes ersetzen. Die Wärmezeugung muss diskutiert werden. Sie ist im öffentlichen Bewusstsein kaum entwickelt. Zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 fordern wir einen Beirat für Klimaschutz.

??: *Ihr fordert immer wieder die Beteiligung von Bürger*innen ein. Könnt ihr mal beispielhaft sagen, wie ihr euch das vorstellt?*

!!: Ein erster und wichtiger Schritt ist es, Bürger*innen ernst zu nehmen. Die Handhabung der Einwohnerfragestunde deckt die Mängel auf. Die Geschäftsordnung des Rates ist hier zu überarbeiten. Die Fachausschüsse sollten sich ferner stärker für Fragen und Anliegen der Bürger*innen öffnen, die städtischen Netzseiten müssen noch offener und transparenter werden. Bei wichtigen Themen der Stadtgesellschaft muss es mehr Infoveranstaltungen geben. Beispielhaft ist hier aus der Vergangenheit die Inforeihe zum Thema Geflüchtete in der Exerzierhalle zu nennen. Auch runde Tische als Projekt zu festgesetzten Themen dienen einer stärkeren Bürger*innenbeteiligung, z.B. Parkraumsituation rund ums AKH.. Der Dialog zwischen Verwaltung/Rat und Bürger*innen muss neu belebt werden. Auch gibt es Modelle wie „Pimp your town“, um Jugendliche an der Politik vor Ort stärker zu beteiligen. Erfahrungen aus Jugendparlamenten sind auch ernsthaft für Celle zu prüfen

??: *Öl und Gas müssen in der Erde bleiben, und das am besten sofort. Damit aber steht in Celle der wichtigste Industriesektor mehr oder weniger vor dem Aus. Was tun?*

!!: In unserem Stadtprogramm fordern wir die Vorbereitung der Transformation im Erdöl- und Bohrssektor. Die Herausforderungen zeigen sich bei den Entlassungen bei Baker Hughes oder der Insolvenz bei der ITAG. Klar ist, dass die Lokalpolitik die Transformation allein nicht wuppen kann. Dieser Strukturkrise kann nur durch neue Produktionsfelder in den Unternehmen und/oder durch weitere Arbeitsplätze in anderen Firmen begegnet werden. Analog des Strukturwandels in den Kohleindustrie sollte auch für den klassischen Erdöl- und Gassektor ein Programm geben. Die Zeit der fossilen Energien ist vorbei.

??: *Gehen wir mal davon aus, dass B'90/Die Grünen über 20 % bekommen und damit nach der CDU die zweitstärkste Kraft werden. Wärt ihr bereit, der CDU eine Art Koalition einzugehen? So böte sich ja vielleicht die Möglichkeit, dass ihr bei der Neubesetzung der Stelle des Stadtbaurates ein entscheidendes Wort mitreden könntet. Und das wäre ja auch dafür, was klimapolitisch geht oder nicht, eine der wichtigsten Entscheidungen.*

!!: Wir sind gegenüber allen demokratischen Fraktionen gesprächsbereit. Wichtig ist für uns, Mehrheiten insbesondere für eine konsequente Klimapolitik im Rat zu gewinnen. Die Koalitionsfrage ist da nachrangig. Mit einer CDU, die den Politikstil und die Entscheidungen des Oberbürgermeisters kritiklos mitträgt, ist eine Koalition schwer vorstellbar. Der Rat und die Stadtgesellschaft müssen mitgenommen und eingebunden werden. Eine

Politik „Alles-ist-Geschäft-der-laufenden-Verwaltung“ lehnen wir ab. Bei der Neubesetzung der Stelle des Stadtbaurates dürfte unser Einfluss noch nicht so viel Gewicht haben, weil der jetzige Rat die Entscheidungen treffen wird. Leider gibt das von der damaligen SPD-Alleinregierung beschlossene niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz dem Rat kein Vorschlagsrecht.

Nach der Trennung von der SPD gibt es einen neuen Player: Zukunft Celle

Unabhängig von Parteiprogrammen

??: *Ihr seid ja ziemlich frisch am Start. Deshalb mal eine allgemeinere Frage zu Beginn: Was unterscheidet euch eigentlich vom „Angebot“ der SPD und Bündnis '90/Die Grünen?*

!!: Es stimmt, es gibt mit der SPD und dem Bündnis '90/Die Grünen mehr inhaltliche Überschneidungen als mit den anderen Parteien und Gruppen im Rat. Wenn jedoch die allgemein-politischen Grundsätze in konkrete kommunalpolitische Positionierungen und Handlungen umgesetzt werden, treten die Unterschiede deutlicher zutage. Um es an ein paar Beispielen zu verdeutlichen:

Wir stehen schulpolitisch klar für kleinere Grundschulen und kurze Wege zur Schule (kurze Beine - kurze Wege). Da haben sich die Grünen anders positioniert. Wir haben uns für den Erhalt der Altstädter Schule ausgesprochen und nach der grün-schwarzen Entscheidung für die Zusammenlegung der Altstädter mit der Blumläger Schule für eine Änderung der Schulbezirke, um zu vermeiden, dass Grundschulkinder lange Wege zurückzulegen haben. Diese schwarz-grüne Entscheidung hat natürlich auch umweltrelevante Auswirkungen. Denn nun werden wahrscheinlich die Elterntaxen im Innenstadtbereich zunehmen wie auch die Busverkehre. In die Altstädter Schule zieht die Sprachheilschule mit über 30 Schulbussen.

Zum von den Grünen und der SPD favorisierten und unterstützten Abriss der Nordwall-Halle haben wir eine andere Position. Wir setzten uns für den Erhalt der Halle aus städtebaulichen, architektonischen und klimapolitischen Gründen ein. Die Bausubstanz war in Ordnung und Sanierung ist weniger CO₂-lastig als Abriss und Neubau (so genannte „graue Energie“). Wir bevorzugen eine Sanierung im Bestand statt Abriss und Neubau.

Wir betrachten das Allgemeine Krankenhaus (AKH) als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und haben uns gegen Rückzug der Stadt aus der Verantwortung ausgesprochen. Die Grünen haben mit der CDU anders abgestimmt.

Wir bekennen uns eindeutig zum Celler Haesler-Erbe, zu Celles Verantwortung und haben deshalb auch den Verkauf der Altstädter Schule an den Landkreis nicht befürwortet. Die Grünen stimmten dafür.

Wir hatten schon vor einem Jahr vorgeschlagen, einen Sozialfonds für durch unverschuldet durch Corona in Not geratene Kunstschaffende, (Solo)-Selbständige und Kleinunternehmer aufzulegen. Er wurde von der SPD zusammen mit der CDU abgelehnt.

Genauso war es mit unserem Antrag im letzten Jahr, FF-P2-Masken der vulnerablen Bevölkerungsgruppe pro-aktiv zur Verfügung zu stellen.

Die SPD hat beispielsweise dem Celler Haushalt mit allen Sozialstreichungen zugestimmt. Damit einer Streichung zielgerichteter Sozialraumpolitik, Schließung

vom Jugendclub, Stadtteilbüro, vom Café Amboss und der Jugendwerkstatt. Keine Projekte wie Leben und Lernen, Schüler helfen Schüler und ... und ... und. Zwar haben sie Anträge gestellt und sich einen sozialen Anstrich gegeben. Jedoch dem sozial unausgewogenen Haushalt mit all den Streichungen gaben sie ihre Stimmen.

Die SPD hat im Ortsrat auch der Änderung der Schulbezirke zugestimmt und damit für Schulwege für Kinder von über zwei Kilometern. Sie unterstützte die CDU in der Ablehnung von Luftfiltern in den Schulen.

Wir haben uns von Anfang an eindeutig und unmissverständlich für den Erhalt des Kollerschen Waldes eingesetzt - im Gegensatz zu den anderen Parteien.

Wir könnten die Punkte weiter ausführen, die uns von den erwähnten Parteien unterscheiden - auch wenn die positiven Schnittmengen unzweifelhaft groß sind. Zusammenfassend kann man sagen, wir haben einen klaren, örtlich fokussierteren Kompass für eine soziale und nachhaltige Stadtpolitik, die unabhängig ist von irgendwelchen Parteiprogrammen und überörtlichen Befindlichkeiten. Wir sind vor Ort mehr verankert.

??: *In der nächsten Ratsperiode steht die städtebauliche Entwicklung des ehemaligen Stadtwerke-Geländes*



in Neuenhäusern auf der Agenda. Was sind da Eure Vorstellungen?

!!: In dem von einem Mitglied unserer Wählergruppe mitverfassten Antrag zur Sanierung Neuenhäuserns ist der Grundansatz formuliert: „Wohnen und Arbeiten nebeneinander - Jung und Alt miteinander - Vielfalt und Offenheit füreinander“. Das Stadtwerkegebiet prägt den Sanierungsbereich. Das Gelände ist teilsaniert und gehört den Stadtwerken. Wahrscheinlich ist aufgrund der Bodenbelastungen eine reine Wohnbebauung mit Gartennutzung nicht möglich. Ein Nutzungskonzept, das urbanes und umweltneutrales Wohnen und Arbeiten beinhaltet, müsste darstellbar sein und wird von uns befürwortet. Angeregt wird, die ehemalige Marienstraße wieder zu errichten („Von der Kirchstraße führt ab Haus Nr. 10 ein gepflasterter Weg ab nach der städtischen Gasanstalt ...“). Der angrenzende Fuhserandweg ist weiter als ökologisches Naherholungsgebiet und grüne Lunge auszubauen.

?: Es gibt in den älteren Quartieren der Stadt sehr viele seit langem leerstehende Häuser. Wie soll die Stadt Eurer Meinung nach damit umgehen?

Wir sind für weniger Flächenversiegelung und mehr stadtnaher, zentrumsorientierter Entwicklung von Wohnraum, für Bestandsnutzung statt Leerstand oder Abriss. Es ist ein Zukunftsthema der hiesigen Kommunalpolitik. Besonders auch die Ertüchtigung von in den 50er, 60er Jahren errichtetem Wohnraum wird mehr Unterstützung und Förderung für einen zeitgemäßen Umbau und eine klimagerechten Sanierung notwendig machen.



?: Sehr ihr Möglichkeiten die Rolle der Ortsräte und damit indirekt auch die der Stadtteile zu stärken?

Ein komplexes Thema. Grundsätzlich sind wir für eine Stärkung der Stadtteile und Ortsräte. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie zeitgemäß die gegenwärtige Aufteilung ist. Wir finden, es könnte sinnvoll sein, die Anzahl der Ortsräte zu verkleinern wie z.B. Zusammenführung von Klein Hehlen und Boye. Jedoch: Das Kommunalverfassungsgesetz setzt Grenzen der Möglichkeiten zur Ausweitung der Partizipation. Aber wir erleben auch, dass viele Ortsräte und BürgerInnen leider viele Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten nicht nutzen und Ortsräte als ein „zahnloses“ Entscheidungsgremium betrachten.

Kommunalrecht Wer wird gewählt?

Bei Kommunalwahlen werden für fünf Jahre gewählt: die Oberbürgermeister und Bürgermeister, die Stadt- und Ortsräte sowie auf Landkreisebene der Kreisrat und der Kreistag.

Dass OB Nigge sich nicht der Wahl stellen muss, hat mit einer Wahlrechtsveränderung zu tun, mit der die Amtszeit eigentlich auf fünf Jahre reduziert wurde. Die Amtszeit seines Vorgängers war aber nicht ganz abgelaufen, als die Wahl mit der Kommunalwahl 2016 zusammengelegt wurde. Da Nigge dann nur 4 ½ Jahre gehabt hätte, wurde seine Amtszeit – wie auch in ähnlichen Fällen – von der Landeswahlleitung bis zur Kommunalwahl 2026 verlängert. Der OB gehört automatisch dem Stadtrat an.

Bei der Wahl zum Stadtrat, in den 42 Personen gewählt werden, ist das Stadtgebiet in fünf Wahlbezirke aufgeteilt. Hierfür stellen Parteien und Wählergruppen Kandidat*innen-Listen auf. Das Schöne am niedersächsischen Wahlrecht ist aber, dass die Wähler*innen mit ihren drei Kreuzen einige Möglichkeiten haben. Sie können die Liste wählen oder ihre Kreuze auf die Kandidat*innen – auch unterschiedlicher Listen – verteilen. Im Fachjargon heißt das „Kumulieren“ oder „Panaschieren“. Dadurch hat das Ganze den Charakter einer Personen-Wahl. - Zusätzlich zum Stadtrat werden 13 Ortsräte gewählt.

Der Stadtrat (oder „Die Vertretung“ wie es im Kommunalverfassungsgesetz heißt) fasst Beschlüsse über „die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Kommune“, „Richtlinien, nach denen die Verwaltung geführt werden soll“, „die Erhebung öffentlicher Abgaben (Gebühren, Beiträge und Steuern) und Umlagen“, „die Haushaltssatzung [...] sowie über das Investitionsprogramm“.

Vom Rat für acht Jahre gewählt werden auch die sogenannten Wahl-Beamt*innen, also die Chefinnen bzw. Chiefs der drei Dezernate, die es in Celle gibt: „Finanzen und Inneres“, „Soziales und Kultur“, „Bauen und Umwelt“. Hier hat der Oberbürgermeister ein Vorschlagsrecht. (Für die Zeit ab März 2022 soll die Leitung des Baudezernats neu besetzt werden.)

Der Oberbürgermeister leitet die Verwaltung, ist also eine Art Behördenchef, und repräsentiert die Stadt. Politisch ist er im Wesentlichen eigentlich ein ausführendes Organ der Beschlüsse, die der Stadtrat fasst. In der Realität aber hat er einen größeren Einfluss, als das Kommunalverfassungsgesetz es will.

Neben den Wahlen hätten die Bürger*innen weitere Möglichkeiten, auf die Geschicke der Gemeinde Einfluss zu nehmen: „Einwohnerantrag“, „Bürgerbegehren“ und „Bürgerentscheid“. (Letzteres hat es in Celle bisher nur einmal gegeben in der Frage „Öffnung der Schuhstraße für den Autoverkehr.“) Und auch eine „Einwohnerbefragung“ gibt es – zumindest in der Kommunalverfassung.

Für Beteiligungsformate mit Einfluss

?: Wer ohne Kenntnis der Mehrheitsverhältnisse die Ratssitzungen besucht, könnte auf die Idee kommen, dass du der Oppositionsführer bist? Wie bist du in diese Rolle gekommen?

!!: Bei den großen Themen lassen mich die Kolleg*innen lassen anscheinend oft gern als Ersten ans Pult, damit ich ein paar Pflöcke einschlage. Ansonsten sind wir – also Die Linke/BSG – die einzige Fraktion, die in den vergangenen zehn Jahren nie einem Haushalt zugestimmt hat. Wir haben eine andere Vorstellung davon, wohin sich diese Stadt entwickeln soll als fast alle anderen. Wobei – zuletzt hatten wir viele Übereinstimmungen mit den *Grünen* und auch *Zukunft Celle*. Und um das noch zu sagen: Die Rolle ist eher nervig, weil ich nicht den Eindruck habe, dass in diesem Rat Argumente mal ein Gewicht haben. Deshalb ist das Ganze auf Dauer auch unheimlich ermüdend.

?: Du hast in der vorherigen Ratsperiode die Idee einer Energiewende-Agentur ins Gespräch gebracht, die dann wegen der Haushaltsprobleme nicht weiterverfolgt wurde. Ist es nicht an der Zeit, die Diskussion darum wieder aufzunehmen?

!!: Ja, auf jeden Fall. Das war übrigens einer der wenigen Punkte, wo der damalige CDU-Chef Gevers eine gewisse Offenheit signalisiert hatte. Energiewende-Agentur ist jetzt etwas anderes als die Frage Klimaschutzmanagement im Rathaus, worüber wir zuletzt gestritten haben. Bei einer Energiewende-Agentur geht es darum, unterschiedliche Akteure – wie z.B. Energieunternehmen, Handwerksbetriebe, Kommunen, Bürger*innen – unter einem professionellen Dach zusammenzubringen, um z.B. die Wärmewende hinzukriegen. Die schwierigste Frage ist doch, wie kriegen wir unsere Gebäude geheizt ohne Treibhausgase zu produzieren. Da braucht es intensive Beratung über das jeweils sinnvollste Konzept und die effektivsten Fördermodelle. Ich bin mir sicher, dass das kommt. Die Frage ist nur, wann.

?: Eines der größeren Projekte deinerseits war, dass das Millionengrab CongressUnion in irgendeiner Weise beendet werden muss. Durch dein ständiges Bohren gibt es jetzt ja sogar ein Gutachten zu dem Problem, dass der Öffentlichkeit aber nicht bekannt gemacht wird. Was soll deines Erachtens passieren?

!!: Um nochmal zu sagen, worum es geht. Die Union ist im Kern ja ein Wirtschaftsbetrieb. Und der arbeitet von Beginn an derart defizitär, dass er für einen großen Teil des Celler Schuldenbergs verantwortlich ist. Die vor gut 30 Jahren geborene Idee, Celle zu einer Kongress-Stadt machen zu wollen, war von vornherein falsch. Celle ist in dieser Frage nicht konkurrenzfähig und wird es auch nicht mehr werden. Wer profitiert aber von dem weni-

gen, was in Celle läuft? Im wesentlichen die Hotellerie, insbesondere der Fürstenhof. Warum trägt er dann nicht auch das Risiko? Bei der augenblicklichen Subventionierung gibt es nicht einmal für die Betriebsführung einen Anlass, die Defizite herunterzufahren. Das größte Eingeständnis dieses Desasters war ja mal die Einlassung des Geschäftsführers, wenn man mehr Veranstaltungen machen würde, würde sich das Defizit vergrößern. Oder zuletzt die Subventionierung einer 500.000 Euro teuren neuen Küche. Da werden Sportvereine von der Dehoga kritisiert, weil sie mal ihre Vereinsräume für Privatfeiern öffnen. Aber was ist mit dieser Verzerrung der Konkurrenz gegenüber der übrigen Gastronomie in der Altstadt. Ich habe nicht den Eindruck, dass viele Celler Bürger*innen mit ihrem Herz an der Union hängen. Hier muss wenigstens eine Situation hergestellt werden, die die beteiligt, die davon profitieren – also die Hotellerie – und dann geht's ja vielleicht auch betriebswirtschaftlich mal ein bisschen aufwärts.



?: Hast du eine Idee, warum sich in der gesellschaftlichen Breite kaum jemand für Kommunalpolitik interessiert?

!!: Wer einen Vollzeitjob hat, oft ja auch pendeln muss und Kinder hat, hat schlichtweg nicht die Zeit. Im übrigen arbeitet die Verwaltung seit einigen Jahren ja eher daran, sich so etwas wie Bürger*innen-Beteiligung möglichst vom Hals zu halten. Da brauchen wir eine deutliche Gegenbewegung. Denn auf der anderen Seite gibt es ja ein Interesse – wenn auch nur von wenigen. Wir sehen das an der Klimaplattform, wir sehen das an den vielen Bürger*innen-Fragen in den letzten Ratssitzungen. Aber aktuell sehe ich leider nur die Tendenz, das nach Möglichkeit abzuwürgen. Wir brauchen Beteiligungsformate, die dann aber auch Einflussmöglichkeiten eröffnen. Dafür aber ist eine Mitte-Links-Mehrheit im Rat nötig. Am besten selbstverständlich wieder mit einer Vertreterin oder einem Vertreter des Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Aber das muss dann nicht ich sein. Die zehn Jahre, die ich das jetzt mache, waren schon so intensiv, dass ich in den nächsten zehn Jahren vielleicht auch gern mal wieder etwas anderes machen würde.

Anfeindungen sehe ich als Honorierung

??: Du bist ja sowas wie der AntiFa-Beauftragte im Rat. Lass uns über die AfD reden. Es gibt zwar einen CDU-Parteibeschluss, der die Zusammenarbeit mit der AfD untersagt, aber wir haben einige Male erleben müssen, dass sich Nigge und die CDU von der AfD zu einer Mehrheit verhelfen lassen. Und es gibt bei einigen Ratskollegen eine gewisse Distanzlosigkeit, etwa wenn Christian Ceyp in einer der letzten Ratssitzungen Trenkenschu von der AfD in einer Rede mit „mein lieber Anatoli“ anspricht. Wieso ist das so, und was sollte sich deiner Meinung nach da ändern?

!!: Grundsätzlich liegt hier das Problem in dem Wort „Zusammenarbeit“. Wenn ein Antrag (welcher und warum ist hierbei erst mal nebensächlich) gestellt wird, der seine Berechtigung hat und die AfD stimmt diesem zu bzw. nur durch deren Zustimmung kommt eine Mehrheit zustande, so ist das allein keine Zusammenarbeit, sondern ein demokratischer Prozess. Das muss man nicht mögen, aber es ist so. Wenn man sich aber mit Vertreter*innen der AfD zu gemeinsamen Vorgehensweisen verabredet, so ist dies etwas anderes.

Dass es zwischen der CDU und der FDP gegenüber der AfD mehr Schnittmengen gibt, als dies seitens anderer Fraktionen festzustellen ist, verwundert nicht. Allerdings muss man auch sehr deutlich sagen, dass sich die Kommunalpolitik der AfD sehr von der Landes-/ bzw. Bundespolitik der AfD unterscheidet. Dies hängt mit der direkten Sachverbundenheit innerhalb konkreter Aufgabenstellungen zusammen (z.B. Straßenbaubeiträge, Feuerwehr, Stadtentwicklung usw.). Dabei versucht die AfD in Celle zwar des Öfteren auf allzu polemische Weise, den großen Bogen zur Flüchtlings-/ Europa- / oder Coronapolitik der Bundesregierung zu spannen, doch das wirkt meist unbeholfen und peinlich. Da ist es nahezu ein Segen, dass man das sauertöpfische Gemurmel ihres Vorsitzenden Anatoli Trenkenschu, bei den Ratssitzungen nicht versteht. Zum anschließenden Lesen seiner Beiträge in den Protokollen ist man gottseidank nicht verpflichtet.



Dennoch ist die AfD in rein sachlichen Fragen zumindest zu respektieren und deren Argumente anzuhören –

kategorisch alles abzulehnen, was von deren Seite kommt oder es auszuschlagen, sich ggf. durch deren Zustimmung zu einer Mehrheit verhelfen zu lassen, halte ich für falsch. Doch bleibt die Frage berechtigt, inwieweit hier eine Infiltration bzw. ein Einsickern deren Gedankengut in die Kreise der sog. „Mitte“ vollzogen wird und diese dadurch immer weiter nach rechts abwandert. Es ist zu hoffen, dass ein Mitglieder*innenschwund bei der AfD letztlich dazu führt, dass diese die Politik ganz bleiben lassen, oder sich in gemäßigerem Ton innerhalb der ihnen ansonsten noch nahestehenden Parteien eingliedern. Ganz raus aus den Köpfen wird man deren Einstellungen jedoch leider so schnell nicht bekommen.

??: Nebenbei machst du dich ja auch als eine Art Social-Media-Wachhund zum Lieblingsfeind der Volksgemeinschaft. Wie gehst du mit den Anfeindungen um, die daraus resultieren?

!!: Anfeindungen aus dem rechten Spektrum sehe ich immer als Honorierung meiner Arbeit. Öffentliche Anfeindungen in den sozialen Medien sagen meist mehr über deren Verfasser*innen aus, als über mich. Es ist auf erschreckende Weise belustigend zuzusehen, wie diese sich in ihrer schier jämmerlichen Ausdrucksweise und ihrer Argumentationslosigkeit ans Licht der Öffentlichkeit wagen und ernsthaft annehmen, irgendjemand fände ihre „Meinung“ wichtig. Direkte Hass-/Drohmails habe ich tatsächlich nur ein einziges Mal bisher erhalten. Ich würde jede Drohung auch sofort öffentlich machen und zur Anzeige bringen.

??: Hast du eine Idee, was die Aufgabe der Stadt sein könnte, präventiv gegen Alltagsrassismus vorzugehen?

!!: Dies müsste insbesondere mit den Betreiber*innen der Geschäfte in der Innenstadt koordiniert abgestimmt werden. Hierfür bedürfte es einer gezielten Medienkampagne, die dann auch konsequent umgesetzt würde. Unter einem Slogan wie „Kein Platz für Rassismus“ müsste es jedem/r Händler*in möglich sein, Kund*innen des Hauses zu verweisen, wenn diese in irgendeiner Form auffällig würden. Auch in die Vereine und sämtl. Organisationen, wo Menschen zusammenfinden, müsste diese Kampagne hineingetragen werden. Ein/e Koordinationsmitarbeiter*in einzig und allein hierfür wäre jedoch unabdingbar. Dass eine Frau McDowell oder gar ein Herr Dr. Nigge solche Konzepte ablehnen ist, geradezu selbstverständlich.

??: Zum Abschluss noch eine kulturpolitische Frage: Was ist von Führungskräften zu halten, die sich ein „Gemälde“ ins Büro hängen, auf dem Falco dargestellt ist?

!!: Sie sollten die Finger von Drogen lassen und keine umweltschädlichen Autos fahren.

Und wieder sind nicht die Ausländer an allem Schuld

Die AfD gibt sich redlich Mühe, den Beweis zu führen, dass alles Böse von außen kommt. Leider erweist sich die Wirklichkeit als nicht geschmeidig genug, um diesen Wunsch zu erfüllen. Zuletzt wollte die Celler Ratsfraktion von der Verwaltung wissen, wer denn eigentlich hier mit Drogen dealt oder sie konsumiert.

Die Verwaltung antwortete brav – und die Zahlen sind gar nicht mal so uninteressant.

Die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle des Handels mit illegalen Drogen bewegte sich zwischen 2016 und 2019 zwischen 32 und 42. Der Handel mit Cannabis lag dabei jeweils zwischen 55 und 70 %. Im Jahr 2020 führt die Polizei Statistik 65 Fälle, wobei die Steigerung gegenüber den Vorjahren ausschließlich auf eine Zunahme bei den Cannabis-Delikten zurückzuführen ist. Der Anteil lag bei 74 Prozent.

Bei der Frage nach dem Konsum ergab sich ein Fünf-Jahres-Durchschnitt von 237 Fällen. Auch hier ging es zumeist um Cannabis und zwar im 60-Prozent-Bereich, am zweithäufigsten waren Fälle des Konsums von Kokain und Ecstasy.

Wäre der Konsum von Cannabis legalisiert, hätte sich Celles Drogenproblem auf durchschnittlich 24 Fälle des Handels mit illegalen Drogen pro Jahr reduziert. Und wir hätten – ohne Cannabis – ganze 83 bekannte Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. Kurzum: Irgendwie doch ein Witz!

Bei der Frage nach den Tätergruppen wollte die AfD eine Unterscheidung nach Alterskohorten und Deutschen und Ausländern. Eine entsprechende Unterscheidung und Differenzierung bei den Konsument*innen fragte die AfD nicht nach. Wir sehen: Es ist nicht eine Sorge um den Drogenkonsum, der die AfD antreibt, sondern die Suche nach Schuldigen.

Aber da hat die AfD Pech. Insgesamt waren es im Fünf-Jahres-Schnitt 294 Tatverdächtige, wovon 78 % einen deutschen Pass hatten. Der Anteil der volljährigen "Dealer" lag bei über 80 Prozent.

Was ziehen wir daraus jetzt für Konsequenzen? Deutsche abschieben?

Als wenig ergiebig erwies sich die Frage danach, welche Ortsteile besonders vom Drogenhandel betroffen seien. Abgesehen davon, dass der Ort in rund der Hälfte der Fälle von der Polizei nicht erfasst wurde, hat Neuenhäuser zuletzt die Heese als Spitzenreiter abgelöst. Für die AfD ist aber sicher unerwartet bis unerfreulich, dass in den Stadtteilen mit hohem Geflüchtetenanteil – wie Vorwerk und Wietzenbruch – genauso wenig gedealt wird wie in Westercelle oder Klein-Hehlen. So kommt die Polizei auch zu der Bewertung, dass kein Ortsteil als Hotspot bezeichnet werden kann.



Geoportal

Ein ganz interessantes Tool findet sich seit kurzem auf dem Internet-Auftritt der Stadt. Im Geoportal der Stadt finden sich im Block „Planen & Bauen“ die „Bebauungspläne“ und der „Flächennutzungsplan“.

Unter „Karten“ findet sich ein Stadtplan, über den sich z.B. Straßen und Adressen suchen lassen; ganz nett hierbei: Luftbilder aus unterschiedlichen Perspektiven.

Im Block „Umwelt“ gibt's zum einen das „Solarkataster“, worüber sich erschließt, wie gut sich die Dachflächen konkreter Immobilien für Solarenergie eignen. – Und es gibt eine Karte, die die Verteilung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Gebiet der Stadt Celle darstellt.

<https://www.celle.de/Rathaus/Geoportal-der-Stadt-Celle/>

Leerstand

„Der Leerstand in Celles Altstadt ist hoch. Deutlich höher, als von der Stadtverwaltung behauptet“, das bekräftigt die Stadtratsfraktion der Grünen und legt das Ergebnis einer gemeinsamen Zählung mit Innenstadtsmanagerin Johanna Crollly auf den Tisch. Allein bei 46 leerstehenden Objekten in der Innenstadt habe Crollly eingeräumt, dass diese auch nach den Zähl-Kriterien der Stadt Leerstände seien. Offiziell war immer die Zahl 31 genannt worden.

Doch auch bei weiteren der über 70 monierten Objekte wollen die Grünen nicht einsehen, warum es sich angeblich nicht um Leerstand handelt. Warum ist die Schulzesche Buchhandlung kein Leerstand, warum auch das ehemalige Deko-Geschäft am Markt 9 nicht, was ist mit ehemals Pelz-Torke in der Runden Straße, was mit das Gastwirtschaft „Sonne“ in der Schuhstraße oder der ehemaligen Bäckerei Steinecke am Großen Plan 13, um nur einige Beispiele zu nennen. All dieses sind laut Stadtverwaltung keine Leerstände.

Hinzu komme, dass seitens der Stadtverwaltung gleich ganze Straßenzüge aus der Altstadt gestrichen wurden. So gehören laut Crollly weder Kanzleistraße noch Nordwall und Westcellerstraße dazu. Und diverse andere Straßen wie Pilzergasse oder Brauhausstraße, und deren Leerstände wurden beim Streifzug erst gar nicht abgeschritten.

Fazit der Grünen: „Schönfärberei füllt die Leerstände nicht. Dafür aber gute Konzepte mit Bürgerbeteiligung, die so manches alte Haus mit neuem Leben füllen können. Als Orte der Begegnung, des sozialen Miteinanders, von Kunst und Kultur – und wo es gelingt – auch wieder als Geschäft.“

Baumschutzsatzung in light-Version

Mit der Vorlage einer Baumschutzsatzung im „light“-Format hat die Verwaltung jetzt auf Anträge von SPD und B'90/Die Grünen reagiert. Noch vor der Kommunalwahl soll eine entsprechende Satzung verabschiedet werden. Im Umweltausschuss Anfang Mai gab es leider nur wenige kritische Nachfragen.

Climate Watch Celle geht der Satzungsentwurf allerdings nicht weit genug. Hier einige der Fragen und Bedenken der Stellungnahme:

Der Geltungsbereich der Satzung soll nicht – wie in Hannover – das gesamte Stadtgebiet umfassen, sondern „Siedlungsgebiete der Stadt Celle (Flächen innerhalb der rechtskräftigen Bebauungspläne (§33 BauGB) sowie der innerhalb im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB))“. Da stellt sich die Frage: Was ist damit eigentlich ausgenommen? In jedem Fall doch künftige Neubau- und Gewerbegebiete. Da darf kein Baum im Wege stehen?

Geschützt werden sollen Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm. In der Mustersatzung des Deutschen Städtetages gibt es die Einschränkung auf Laubbäume nicht, geschützt werden hier alle. Warum sollen in Celle Nadelbäume auch zukünftig mehr oder weniger problemlos abgeholzt werden dürfen?

Hierzu CWC: „Auch wenn Laubbäume bei Neupflanzungen vorzuziehen sind, ist die pauschale Ausnahme bestehender Nadelbäume vom Schutz falsch. Ältere Eiben, Lärchen, Tannen, Douglasien oder Mammutbäume sind einigermaßen klimaresistent und können durchaus einen Beitrag zu Luftqualität und Mikroklima der Stadt leisten.“

Und bei der Frage des Stammumfangs geht es nicht um Anschauungsfragen, selbstverständlich wirkt ein Stammumfang in der Größe einer „Single“ (56 cm) erheblich kleiner als der einer „Langspiellplatte“ (94 cm). Jedoch:

„Bei einem Stammumfang von 100 cm müssten die geschützten Bäume je nach Baumart zwischen ca. 60 und 100 Jahre alt sein, um unter Schutz zu fallen.“ Aber, so CWC, sei das Wachstum und damit die CO₂-Bindung ab dem 30. Jahr bis etwa zum 40. Jahr besonders stark und setzte sich dann noch einige Jahrzehnte auf ähnlich hohem Niveau fort. Deshalb plädiert CWC dafür Bäume schon ab einem Stammumfang von 60 cm zu schützen (wie z.B. in der Baumschutzsatzung der Stadt Hannover).

Was völlig fehlt, ist der Schutz von Hecken. Die Mustersatzung des Städtetags stellt auch unter Schutz: „alle freiwachsenden Hecken mit einer durchschnittlichen Höhe von mindestens 3 m/ 5 m. Als Hecken gelten überwiegend in Zeilenform gewachsene Gehölzstreifen aus Laubgehölzen und/oder Eiben ab einer Länge von 5 m/ 10 m/ 15 m.“ Stellt sich die Frage: Warum sollen Hecken in Celle nicht geschützt werden?

Schließlich wendet CWC noch ein, dass bei den Ersatz-

pflanzungen bzw. Ausgleichszahlungen Klimaschutzaspekte nur unzureichend berücksichtigt werden:

„Fortwissenschaftlich müssten zum CO₂-Ausgleich eines gefälltten 40-jährigen Baums ca. 400 dreijährige Bäume nachge-

pflanzt werden. Berücksichtigt man, dass ca. 50% der Baummasse als das CO₂ langfristig speicherndes Bauholz verwendet wird, müssten immer noch ca. 200 junge Bäume nachgepflanzt werden. Geldwertmäßig liegt der Nutzen eines 40-jährigen Baumes u.a. als CO₂-Speicher, Sauerstoffproduzent und Klimaregulator bei ca. 26.000 Euro [...] aktuelle Studien u.a. der FAO schätzen heute sogar bis zu 50.000 Euro.“

Doch um dahin zu kommen, muss der Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit wohl erst die 2 Grad-Marke reißen.

Mehr Infos unter: <https://www.climate-watch-celle.de/>

Die beiden Bäume auf dem Foto unten haben den Hannoverischen Schutzstatus vom 60 cm gerade erreicht, in Celle können sie wohl weg.



Nur Optimierung des Bestands

Warum kommt bei jenen, die sich für eine radikale Verkehrswende einsetzen, eigentlich so wenig Begeisterung auf für den Fahrradaktionsplan, den die Stadtverwaltung jetzt verfolgen will? Ja, er ist sicherlich zu wenig ambitioniert und zu unkonkret. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Fanbase einer Verkehrswende sie individuell längst vollzogen hat. Wer sowieso und fast nur Fahrrad fährt, hat wahrscheinlich andere Ansprüche als jene, die aufs Fahrrad „gelockt“ werden müssen. Aber letztere sind unter Gesichtspunkten des Umstiegs weitgehend unbekannte Wesen.

„Eine signifikante Erhöhung des Radverkehrsanteils ist nicht realistisch, wenn es für die heutigen Radfahrer ein bisschen sicherer, schöner und besser wird. Die Maßnahmen müssen jene Menschen überzeugen, die heute ganz selbstverständlich Auto fahren. In diesem Sinne: Die Zielgruppe dieses Radverkehrskonzepts sind die Autofahrer. Sie sind es, die wir begeistern müssen.“

So ist es zu lesen im Kurzbericht des beauftragten Gutachterbüros *i.n.s. – Institut für innovative Städte*. Um wenig später einzuräumen, dass dies „nur durch größere Eingriffe in den motorisierten Individualverkehr (MIV) gewährleistet werden“ könne. Das aber übersteige den Planungshorizont des Fahrradaktionsprogramms.

„Der Fokus des Fahrradaktionsprogramms liegt daher auf der Optimierung des Bestandes durch kleinere Maßnahmen, die sich innerhalb von ca. fünf Jahren realisieren lassen. Der ERA-Standard [Empfehlungen für Radverkehrsanlagen] wird dabei nicht konsequent hergestellt werden können.“

Die Gutachter*innen sind insoweit ehrlich. Obwohl zur Erreichung des Ziels ein großer Wurf erforderlich wäre, ist er von ihrem Konzept nicht zu erwarten.

So mündet der Vorschlag des Büros im Wesentlichen darin, für das Fahrrad vorrangig sogenannte Haupttrouten auszuweisen und sie Schritt für Schritt dahingehend zu ertüchtigen, dass sie auch die Funktion übernehmen könnten. Im Gutachten wird dazu bemerkt:

„Sie sollen Radverkehr auf definierten Achsen bündeln [und] zum Umstieg auf das Fahrrad motivieren [...]. Zentrale Anforderungen an die Gestaltung sind: gute Erkennbarkeit der Route, durchgehendes Wegenetz, hohe Sicherheit, schnelle und direkte Verbindungen, hoher Fahrkomfort.“ Und weiter:

„Auf Haupttradrouten werden Radfahrer vorzugsweise auf baulich vom Fußverkehr getrennten Radwegen (auch außerhalb bebauter Gebiete) oder Fahrradstraßen geführt. Dort, wo dies nicht umsetzbar ist, können als reduzierter Standard auch andere Netzelemente zum Einsatz kommen: kombinierte Geh- und Radwege (inner- und außerorts), sowie nur innerorts Radfahrstreifen (un-



geschützt), Mischverkehr bei Tempo 30 (bis 5.000 Kfz/24h) und Schutzstreifen.“

Irgendwie beschleicht uns dabei das Gefühl, dass vor allem mit Farbe und Schildern gearbeitet werden wird. Und dies auch, weil die Verwaltung wohl im wesentlichen weiter mit dem jährlichen Etat von 400.000 Euro arbeiten will (zum Vergleich: die Instandsetzung des Wilhelm-Heinichen-Rings für den motorisierten Verkehr kostet 15 Millionen). Gut – Bund und Land werden Förderprogramme auflegen, aus denen sich vielleicht auch Celle wird bedienen können.

Konkretisiert ist bisher nichts. Und die Verwaltung will dabei auch weitgehend in Ruhe gelassen werden. So verweigert Stadtbaurat Kinder dem Rat und der Öffentlichkeit die Langfassung des Gutachtens (jedenfalls bis zum Redaktionsschluss).

Das Aktionsprogramm bietet kaum Ansatzpunkte, wirklich Autofahrer*innen auf das Fahrrad zu locken. Vielleicht ist es als 5-Jahres-Programm ja im Wesentlichen auch nur darauf angelegt, Niggles Wiederwahl zu befördern.



Vor der letzten Umweltausschusssitzung präsentierten Fahrrad-Aktivist*innen ihre Forderungen.



----- 03.04.2021 -----

Osteraktion Rheinmetall

Am Ostersonntag fand vor den Toren des Rheinmetall-Werkes in Unterlüß eine spontane und friedliche Kulturveranstaltung statt. Die Teilnehmenden kritisierten mit ihrer Kunstaktion die fortlaufende Rüstungsproduktion bei Rheinmetall und forderten ihr Ende. Sie präsentierten verschiedene Transparente mit Slogans wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „Krieg beginnt hier“. „Also müssen wir den Krieg auch hier stoppen“ und „Wir fordern ein Ende der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall und anderswo sowie die zivile Bearbeitung von Konflikten.“ Hans-Dietrich Springhorn aus dem Nachbarort Faßberg-Müden wies bei der Aktion darauf hin, dass eine Konfliktbearbeitung ohne militärische Mittel wirksamer sei: „Zahlreiche Studien belegen, dass Konflikte, die mit Gewalt beigelegt werden, wieder aufflammen und Friedenserzwingung wenig nachhaltig ist. Wir fordern deshalb eine Abkehr von militärischer Gewalt und die Hinwendung zu ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung!“



----- 17.04.2021 -----

#einkerzen

Im Rahmen der bundesweiten Aktion #einkerzen kam es auch zu einer kleinen Aktion vor dem Neuen Rathaus in Celle. Mit einer Kerze im Fenster sollten Bürger*innen am Sonntag der Corona-Toten gedenken – so die Aufforderung von Bundespräsident Steinmeier. Stattdessen ging über Twitter der Hashtag #Einkerzen viral. Der Politik wurde eine Mitschuld an der hohen Zahl der an Covid-19 verstorbenen Menschen gegeben. In Celle wurde zudem die Lockdown-Öffnungspolitik im Rahmen der sogenannten „Modellkommunen“ kritisiert, für die sich die Stadt beworben hatte. Jede*r Tote sei eine*r zu viel, doch jetzt sei noch keine Zeit zum Gedenken, denn es würden jeden Tag weitere Menschen sterben, während die Politik

sich in einer Lockdown-Diskussion verzettelt. Die bundesweite Aktion wird auch von der Initiative #ZeroCovid unterstützt.

----- 18.04.2021 -----

Gedenkfeier

Zum 76. Jahrestag der Befreiung der Kriegsgefangenenlager Wietzendorf, Oerbke und Hörsten auf dem Truppenübungsplatz, fand auf dem sowjetischen Friedhof Hörsten die Gedenkfeier von Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) mit 200 Interessierten und der Band Agitprop statt.



VVN/BdA-Landessprecherin Mechtild Hartung verdeutlichte wie unmenschliche Lagerbedingungen, hier 50.000 Rotarmisten das Leben kostete. Pavel Groshevik, Botschaftssekretär von Belarus, erläuterte, dass der Krieg Hitler-Deutschlands, einem Drittel der belarussischen Bevölkerung den Tod brachte.

DGB-Mitveranstalter Charly Braun schlug einen Bogen von Zwangsarbeit über Nachkriegs-Rehabilitierung von Dorf-Nazis und dem Abriss von Denkmälern für ermordete sowjetische Kriegsgefangene bis heute. Er kritisierte, „dass auf diesem Kriegsübungsplatz immer noch Krieg geprobt wird.“ Mit Rheinmetall, Munter und mehr, sei diese Region „das am stärksten militarisierte Gebiet Deutschlands.“ Es bleibe notwendig, „das Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg mit dem Kampf gegen Militarisierung und rechten Mainstream, für Flüchtlingssolidarität und soziale Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbinden“, so der

Gewerkschafter.

Schauspieler Rolf Becker lenkte seinen Blick auf den aktuellen Ukraine-Konflikt: „Wir nehmen einen Aufmarsch wahr wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Wenn die NATO sich mit Russland anlegt, wird der Kriegsschauplatz Europa sein. Die USA wären dann einen großen wirtschaftlichen Konkurrenten los“.

----- 20.04.2021 -----

Korrupt

Vierstellig beziffert die Polizei den Schaden, der entstanden sein soll, als die CDU-Parteizentrale im Celler Südwall mit dem Wort „KORRUPT“ besprüht wurde. Kein Vergleich zu dem Schaden, den einige CDU/CSU-Abgeordnete durch ihre nicht ganz uneigennützige Lobbyarbeit angerichtet haben. Henning Otte, MdB und Kreisvorsitzender der CDU, fand dann auch gleich die verhältnismäßige Einordnung: „Es handelt sich um einen Anschlag auf die Politik und auf unsere Demokratie.“ - Der AfD-Abgeordnete Thomas Ehrhorn erklärte Begriffstutzigen dann noch nebenbei, worum es den Chaoten wohl ging: „Die Farbanschläge auf das Rathaus sowie das CDU-Büro sind zutiefst verwerflich. Gewalt und Einschüchterung können bei aller berechtigten Kritik, die es an den Korruptionsfällen der Union bei der Beschaffung von Corona-Artikeln gibt, auf die die Graffiti vermutlich abzielen, in einer Demokratie niemals ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung sein.“

----- 01.05.2021 -----

Mayday

Rund 100 Teilnehmende waren zur Maikundgebung des DGB gekommen; Motto: Solidarität ist Zukunft!“ – diesmal nicht auf der Stechbahn, sondern in den Triftanlagen. Der Gewerkschaftssekretär Dirk Garvels hielt die Hauptrede – er forderte u.a.: „Der Staat muss seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, vor allem um die kommenden Herausforderungen der sozialökologischen Wende zu meistern. Grundsätzlich müssen Kommunen finanziell gut ausgestattet werden. Nur so erreichen wir lebenswerte Kommunen und schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Investitionen in Infrastruktur können und



sollten gerade in Zeiten von Niedrigzinsen über Kredite finanziert werden. Laufende Kosten und zusätzliches, gut bezahltes Personal im öffentlichen Dienst können über zusätzliche Steuereinnahmen bezahlt werden. [...] Für uns ist klar: Wir wollen Gute Arbeit und starke öffentliche Dienstleistungen! Bildung, Gesundheit, Verwaltungsleistungen und Kultur sind keine Waren.“ Weitere Beiträge kamen aus der Pflege und Kita sowie vom Buntten Haus und „Gemeinsam kämpfen“.

----- 04.05.2021 -----

Smash ...

... tuerkish fascism! Abgesehen davon, dass das Englische so ein „ü“ eigentlich nicht kennt, können wir nur zustimmen. Die Parole, die sich wie andere am Morgen des 5. Mai gesprüht in der Altstadt fanden, sollten wahrscheinlich auf die 23. April begonnenen grenzüberschreitenden Militäroperationen der türkischen Armee in den Guerillagebieten der PKK im Irak (aka Südkurdistan) aufmerksam machen. Diese wurden trotz ihres völkerrechtswidrigen Charakters in der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit nicht bzw. kaum zur Kenntnis genommen.

----- 08.05.2021 -----

Eschede

Am Tag der Befreiung (8. Mai 2021) veranstaltete das „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“ vorm NPD-Zentrum in Eschede eine Demonstration unter dem Motto: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Ungefähr 400 Personen nahmen an der Demo teil.

Zu der anschließenden Berichterstattung gibt's eine Stellungnahme auf Seite 27.

----- 15.05.2021 -----

Sprühkreideaktion zu § 218

In Deutschland sind Schwangerschaftsabbrüche nach §218 StGB eine Straftat. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags haben in Celle haben Aktivist*innen Kreide-Botschaften gegen den Paragraphen gesprüht.

Sie streiten damit im Rahmen eines Aktionsaufrufes verschiedener feministischer, politischer und Ärzte-Organisationen für ein Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und auf sichere Abtreibung.

Das Recht auf Selbstbestimmung in der Schwangerschaft und auch bei Abbrüchen einer solchen ist Thema von Feminist*innen weltweit. Erst im Januar wurde in Polen eine weitere Verschärfung der Kriminalisierung von Abtreibung bekannt gegeben, was zu heftigen Protesten verschiedener feministischer Organisationen führte.

In Deutschland wird unter bestimmten Bedingungen von der Strafverfolgung abgesehen. Der Rahmen dessen ist jedoch immer noch eng und diskriminiert zudem beispielsweise Menschen, die gesundheitlichen Normen nicht entsprechen; denn Föten, bei denen eine höhere Wahrscheinlichkeit zu „Fehlbildungen“ besteht, können länger straffrei abgetrieben werden. Die Schwangeren selbst werden durch die Gesetze entmündigt und ihnen das Verfügen über den eigenen Körper weitgehend abgesprochen. Die letzten Reformen in 2010 schränkten Schwangere nur weiter ein.

Mehr Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen vor allem in Deutschland und den Aktionsaufruf können hier gefunden werden: <https://wegmit218.de>



Zurück in die Zukunft – Teil IV



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Klein Jonas: Und – was haltet ihr vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Die Dicke: Ja, ist doch cool, oder?

Der lange Lulatsch: Oh – jetzt bitte nicht den Olaf-Scholz-Sprech. Die Regierung ist nicht gerade eine Kandidatin für den Klimaschutzpreis.

Oma Lilo: Verblüffend. Ja, ich finde es enorm, dass einerseits die Budget-Logik bei denen da oben angekommen ist und andererseits der Aspekt von Generationengerechtigkeit thematisiert wird.

Klein Jonas: Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.

Der lange Lulatsch: Es ist ja erstaunlicherweise nicht das erste Mal, dass eine soziale Bewegung demokratische Standards einschneidend verbessert. erinnert euch an das Brokdorf-Urteil, das einen Schlussstrich unter obrigkeitsstaatliches Denken gesetzt hat. Der Staat müsse Demonstrationen als „Ausdruck gemeinschaftlicher, auf Kommunikation angelegter Entfaltung“ sehen mit dem „Ziel der Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung“.

Der Besserwisser: Merkwürdig, dass die Polizei sich so oft nicht daran hält.

Der lange Lulatsch: Jetzt mach mich hier nicht zum staatsgläubigen Verfassungsfreund, aber dieses Urteil hatte Auswirkungen.

Der Besserwisser: Genau, du kriegst einen Knüppel auf den Kopf und anschließend wird festgestellt, dass der Polizeieinsatz rechtswidrig war.

Der lange Lulatsch: Na gut. Dann nimm das Volkszählungs-Urteil und das darauf beruhende informationelle Selbstbestimmungsrecht.

Der Besserwisser: Das wir „freiwillig“ an Mark Zuckerberg abgetreten haben.

Die Dicke: Aber in einem hat der Lange doch recht. Anti-AKW-Bewegung und Volkszählungs-Boykott hatten die gesellschaftliche Wirkmacht, staatlichen Maßnahmen Grenzen zu setzen. Und das haben jetzt auch die Fridays geschafft.

Oma Lilo: Wobei der Gedanke der Generationengerechtigkeit ja eher ein Oldie ist. Ich erinnere an den Brundtland-Bericht von 1987.

Der lange Lulatsch: Gro Harlem Brundtland. Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich mir bis vor kurzem darunter immer einen Mann vorgestellt habe. Aber sie war eine der ersten Regierungschefinnen. Norwegen, für die Arbeiterpartei.

Oma Lilo: Genau. Die von ihr geleitete Weltkommission für Umwelt und Entwicklung brachte einen Bericht heraus mit dem Titel „*Our Common Future*“, der Nachhaltigkeitsprinzipien definiert, und zwar zum einen intergenerationelle Gerechtigkeit. Das greift jetzt das BVG auf. Also, wie es bei Brundtland heißt, Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.

Worum sich das Bundesverfassungsgericht dann herumgedrückt hat, ist die intragenerationelle Gerechtigkeit, also die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Sicherung der Lebensgrundlagen aller jetzt lebenden, vor allem der ärmeren Bevölkerungsgruppen auf diesem Planeten.

Der Besserwisser: Und wenn sie mit der Generationengerechtigkeit mal wieder die Schuldenbremse legitimieren oder einen späteren Renteneintritt, reibt ihr euch die Augen.

Die Dicke: Wobei alle wissen, dass Energiewende und Klimaschutz ohne weitere massive Staatsverschuldung nicht stattfinden werden.

Der Besserwisser: Wobei eine Verschuldung für Energiewende sicher werthaltiger ist als z.B. für Bankensanierung.

Klein Jonas: Aber die Regierung hat doch ihre Ziele schon verschärft.

Der Besserwisser: Nach dem bisherigen Klimaschutzgesetz wären bis 2030 bereits 90 % des CO₂-Budgets verpulvert gewesen. In der revidierten Fassung des Klimaschutzgesetzes sind es immer noch 80 %. Im Übrigen bemängelt das BVG ja nur die Zielsetzungen und nicht, ob die von der Politik ergriffenen Maßnahmen wirklich wirksam werden.

Klein Jonas: Ihr habt immer argumentiert, dass ein richtiges Verständnis sich von der Budget-Logik herleiten muss und euch über die Schulze lustig gemacht mit ihrem Satz: „*Unter diesen ganzen Tonnen kann sich doch keiner was vorstellen!*“

Der lange Lulatsch: Ich denke, es gibt eine Meta-Ebene. Und auch wenn das BVG bei der Frage der Gigatonnen Treibhausgase, die zur Erreichung der Pariser Klimaziele noch produziert werden dürfen, herumieert – nach dem Motto: Nichts Genaues weiß man nicht – so ist doch verankert, dass Staat und Gesellschaft sich da nicht dumm machen dürfen. Und es steht im Urteil, es dürfe nicht „einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen“ würde.

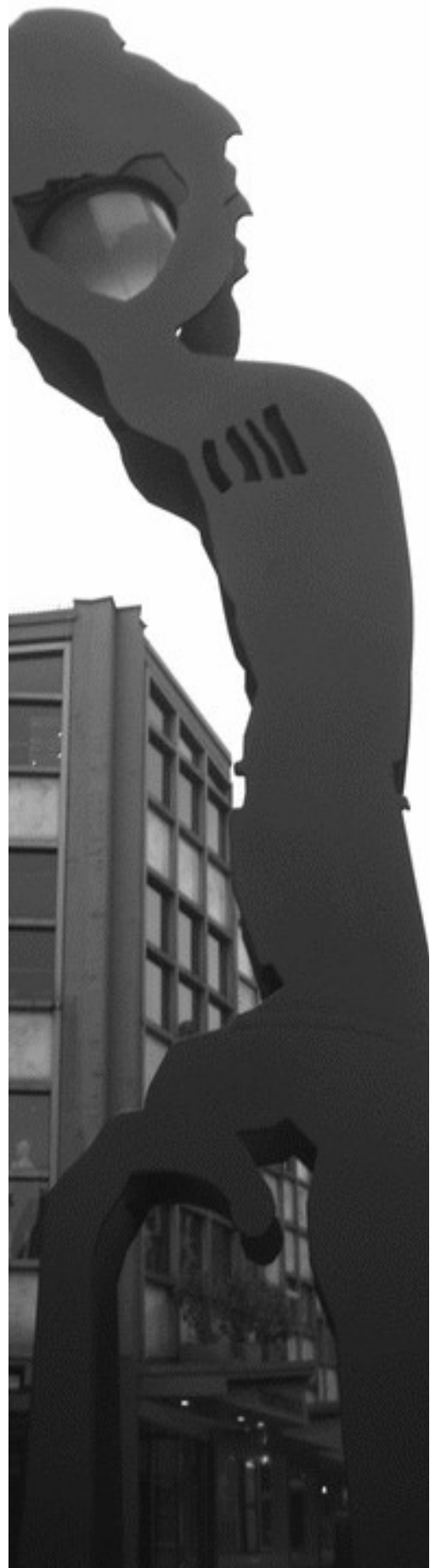
Oma Lilo: Wobei der schlechte Witz ja ist, dass die Regierung etwas macht, was das BVG im Grunde gar nicht verlangt hat. Sie verhandelt im Klimaschutzgesetz die Zeit bis 2030, wo das Urteil eigentlich konkrete Aussagen für die Zeit danach einfordert.

Klein Jonas: Dafür haben sie ja wohl auch keinen Plan. Und jetzt denkt nicht, dass ich so doof bin, dass ich nicht weiß, dass es jetzt auch darum geht, das Thema klein zu machen und aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Die Dicke: Das heißt?

Klein Jonas: Wie müssen weiter Druck machen – lokal, national, global. Was denn sonst? Oder wie Greta sagt. „Wir betteln nicht bei Entscheidungsträgern um ihre Anteilnahme. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und sie werden es weiterhin tun. Aber Dinge werden sich ändern, ob es ihnen gefällt oder nicht.“

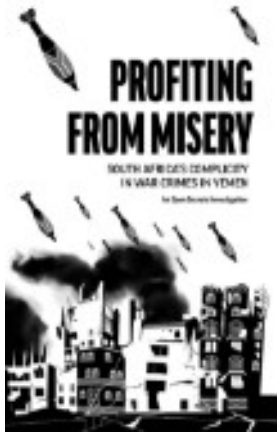
Blöder Tippfehler in den letzten „Laternengesprächen“ – so stand’s geschrieben: „In Wirklichkeit lag das Niveau des Weltflugverkehrs im Februar 2021 auf derselben Höhe wie 2020 [nein: 2004!]. In welchem desolaten Zustand hat sich die Welt damals befunden, so ganz unvernetzt. Dabei lag das Niveau von 2020 [nein: 2004!] dann sogar noch doppelt über dem von 1985.“



Keine Profite aus Krieg und Leid im Jemen

Zur Hauptversammlung des größten in Deutschland ansässigen Rüstungsherstellers am 11. Mai veröffentlichten Menschenrechtsgruppen aktuelle Recherchen über die Rolle des Konzerns in Krisen und Kriegen der Welt. Vertreter der südafrikanischen Menschenrechtsorganisation Open Secrets präsentieren neue Belege, die darauf hindeuten, dass Rheinmetall-Munition bei Angriffen auf Zivilisten im Jemen eingesetzt wurde; siehe: <https://www.opensecrets.org.za/yemen/>.

So kamen bei einem Angriff auf einen Fischereihafen und ein nahegelegenes Krankenhaus in Hodeidah am 2. August 2018 mindestens 60 Menschen ums Leben, mehr als 100 Menschen wurden verwundet. Die vorliegenden Hinweise legen nahe, dass bei dem Angriff wahrschein-



lich Munition aus der saudiarabischen Munitionsfabrik benutzt wurde, die Rheinmetall-Denel 2016 schlüsselfertig übergeben hatte.

Michael Marchant von Open Secrets kommentiert: „Bis heute haben weder das Unternehmen noch die Regierungen Deutschlands oder Südafrikas bestätigt, dass sie die verfügbaren Beweise zu diesem oder ähnlichen Angriffen überprüft haben.

Wenn sie es täten, müssten sie auch zugeben, dass sie an einem Kriegsverbrechen mitschuldig sind und es versäumt haben, angesichts des andauernden Krieges im Jemen eine Wiederholung zu verhindern. Rheinmetall und seiner südafrikanischen Tochtergesellschaft scheint es egal zu sein, wie ihre Munition eingesetzt wird, solange die Exportlizenzen vorhanden sind, selbst wenn sie bei völkerrechtswidrigen Angriffen auf Zivilisten zum Einsatz kommt.“

Während von Südafrika aus die Jemen-Kriegsparteien wieder mit Rheinmetall-Munition beliefert werden dürfen, hat Italien Ende Januar, wie kurz zuvor bereits die Bundesregierung, die Genehmigung bereits erteilter Ausfuhrlicenzen widerrufen sowie die Ausstellung neuer Genehmigungen ausgesetzt. Zugleich ist weiter eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Rom anhängig, die das Bündnis der Menschenrechtsorganisationen European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Rete Italiana Pace e Disarmo und Mwatana for Human Rights gestellt haben.

Laura Duarte-Reyes vom ECCHR sagt dazu: „Die Zivilgesellschaft hat in Italien mit dem Exportstopp einen wichtigen Sieg errungen. Gleichzeitig ist es von zentraler Bedeutung, jetzt auch die für den Tod zahlloser Zivi-

listen verantwortlichen Rüstungskonzerne und ihre Manager zur Verantwortung zu ziehen.“

Barbara Happe von der NGO urgewald ergänzt: „Der in der letzten Woche erfolgte Beitritt des Unternehmens zum UN Global Compact mit dem Bekenntnis, sich für Menschenrechte engagieren zu wollen, muss in den Ohren der Betroffenen wie blanker Hohn klingen. Politik und Investoren sind jetzt gefordert, nicht länger wegzuschauen, sondern den menschenrechtsverachtenden Machenschaften des Konzerns einen Riegel vorzuschieben.“

Die Organisationen forderten die Rheinmetall-Investoren zur Hauptversammlung auf, nicht auf derartige Greenwashing-Aktivitäten hereinzufallen, sondern dem Konzern den Geldhahn endgültig zuzudrehen.

Im Herbst 2020 hat sich Großinvestor Janus Henderson bereits von einem Großteil seiner Rheinmetall-Aktien getrennt. Das norwegische Parlament wird demnächst über eine Regierungsvorlage entscheiden, künftig beim staatlichen Pensionsfonds Unternehmen auszuschließen, die Parteien in bewaffneten Konflikten beliefern und sich an Menschenrechtsverletzungen schuldig machen. Ein solches Kriterium dürfte dann auch zu einem Verkauf von Aktien von Rheinmetall und anderen Unternehmen führen, die Waffen für den Krieg im Jemen liefern.

Wer sich für die Aktivitäten des Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre zur diesjährigen Hauptversammlung interessiert, findet hier mehr:

<https://www.kritischeaktionaeere.de/rheinmetall/>

Tribunal gegen BAFA

Parallel zur Hauptversammlung veranstaltete die Interventionistische Linke ein Tribunal gegen das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mit Sitz in Eschborn nahe Frankfurt. Das BAFA ist zuständig für die Erteilung oder Versagung von Ausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern.

Die Aufzeichnung ist zu finden unter:
https://www.youtube.com/watch?v=VmqT_P9IfS0



Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt

Unerwartet viele Menschen aus der Region kamen an einem normalen Werktag mittags vor die Tore der Fa. Rheinmetall in Unterlüß. Anlass war die Aktionärsversammlung der Firma per Videoschaltung und damit unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Aufruf der Friedensaktion Lüneburger Heide zu dieser Mahnwache und Kundgebung.

Auf Plakaten, Transparenten und in den Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass hier in Unterlüß seit über 120 Jahren Munition und Waffen produziert werden. Die zentralen Forderungen waren, endlich Schluss zu machen mit der Produktion für den Krieg und umzustellen auf sinnvolle Gebrauchsgegenstände, die wirklich benötigt werden und die Frieden fördern. Kritisiert wurde auch die Waffenexportpolitik der Bundesregierung: Deutschland ist der viertgrößte Waffen-Exporteur der Welt! Deutsche Waffen und Munition speziell von Rheinmetall sind auf allen Kriegsschauplätzen in der ersten Reihe dabei.

Hier Auszüge aus einigen Redebeiträgen:

Veronika Hüning, Pax Christi: *„Wir stehen hier, weil es so nicht weitergehen kann. Auf der einen Seite Profit, Verdienst und Schulterklopfen, auf der anderen Seite Zerstörung, Leid und Tod. Die Aktien von Rheinmetall sind mit Blut getränkt. Den Angestellten in Unterlüß wünschen wir, dass sie für das Leben arbeiten und zivile und gesellschaftlich verträgliche Güter produzieren dürfen.“*

Rolf Becker, Schauspieler: *„Als Kind des 2. Weltkriegs und der Zeit des Faschismus in Deutschland wollte ich dazu beitragen, meinen und allen Kindern zu ersparen, was damals geschah. Ich scheine damit gescheitert. Mir bleibt nur, die verbleibende Lebenszeit zu nutzen, um uns Nachfolgende darüber aufzuklären, damit sie handlungsfähig werden angesichts dessen, was sich heute in gesteigertem Ausmaß zu ereignen droht.“*

H-D Charly Braun, DGB- und ver.di-Vorsitzender Heidekreis: *„Statt Kriegsware können die hochqualifizierten Rheinmetall-Beschäftigten High-Tech-Geräte fürs Gesundheitswesen und erneuerbare Energie entwickeln und produzieren. Rheinmetall hat schon nach den Weltkriegen erfolgreich zivile Produkte profitabel hergestellt.“*

Die Friedensaktion Lüneburger Heide fordert: Stopp der Rüstungsexporte! Umstellung auf zivile Produktion! Schluss mit dem Säbelgerassel in der internationalen Politik! *„Gerade Deutschland muss Verantwortung für den Frieden in der Welt übernehmen und wieder aufhören, militärisch weltweit mitzumischen“*, betont Hans-Dietrich Springhorn aus Faßberg/Müden.



Factsheet von urgewald

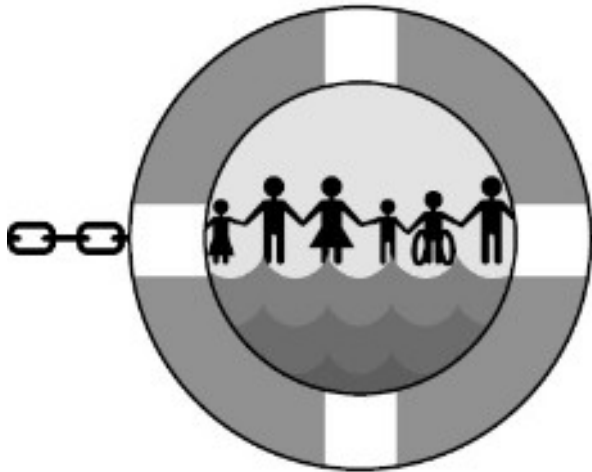
Barbara Happe, Niklas Schickling, Niels Dubrow von der NGO urgewald e.V. haben im Mai ein 8-seitiges Informationsblatt zu Rheinmetall herausgegeben. Darin befassen sie sich mit der neuen Konzernstrategie, den Geschäften mit zweifelhaften NATO-Partnern, der Internationalisierung bei der Produktion und dem Greenwashing hinsichtlich Klimaneutralität.

Unbeeindruckt von der Corona-Pandemie erzielte die Defence-Sparte 2020 einen Umsatz von 3,7 Milliarden Euro, sechs Prozent mehr als im Jahr davor. Der Auftragszugang im Militärbereich betrug 6,4 Milliarden Euro, 23 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Konzern sieht sich am Anfang eines neuen "Super-Zyklus", der Umsatz der Defence-Sparte soll in den nächsten Jahren von 63% auf 70% im Jahr 2025 wachsen.

<https://urgewald.org/>



Rheinmetall – Profit first



Rettungskette für Menschenrechte

#HandinHand

18. Sept. 2021

„Wir wollen ein unübersehbares Zeichen setzen für Menschlichkeit, Menschenrechte und gegen das Sterben im Mittelmeer. Deshalb haben wir, eine Gruppe von Menschen aus Deutschland, Österreich und Italien, diese Initiative ins Leben gerufen. Wir planen eine ideelle Menschenkette von Norddeutschland bis zum Mittelmeer. Wir stehen geschlossen zusammen für ein geeintes Europa und gegen die Angst- und Abschottungspolitik. Denn Menschenrechte gelten universell und nicht nur für weiße, privilegierte Europäer. Lasst uns zusammen Stärke und Mut zeigen für:

- ein offenes, buntes und friedliches Europa
- die Schaffung sicherer Flüchtlingswege
- die Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht die Bekämpfung der Geflüchteten
- einen humanen Umgang mit Menschen auf der Flucht
- die Unterstützung und Entkriminalisierung der zivilen Seenotretter*innen
- ein europäisches Seenotrettungsprogramm.“

Die Initiator*innen sind Menschen aus der Zivilge-

sellschaft, unterstützt wird die Aktion von den Seenotrettungs-Initiativen Mission Lifeline - Sea-Watch, SOS Mediterranae - United4Rescue - Miserior - Jugend rettet.

Die Rettungskette führt auch durch Celle. Die lokale Organisation hat die Initiative LIST übernommen.

LIST hat vor, die Menschenkette von der UNION her an der Ostseite der Hannoverschen Straße durchzuführen. Dazu die Sprecherin, Cornelia Döllermann-Nölting: „Wir wollen gesehen werden. In der Altstadt würde die Aktion eher untergehen. Außerdem haben wir so die Möglichkeit, die Menschenkette beliebig zu verlängern.“

Gruppen, die mit Transparenten oder Plakaten teilnehmen wollen, können und sollten sich bei uns melden, damit wir das wenige, was zu koordinieren ist, dann auch hinbekommen. Döllermann-Nölting: „Gruppen können anmelden, welchen Streckenteil sie besetzen wollen – selbstverständlich, so dann noch erforderlich: coronakonform, d.h. eben nicht Hand in Hand, sondern eher Band zu Band. Wer will, kann an einer Videokonferenz teilnehmen, die wir im Juni anbieten wollen.“

Näheres wollen wir in einer Videokonferenz im Juni mit Interessierten besprechen.“

Selbstverständlich geht es nicht nur um Gruppen, sondern um die Beteiligung möglichst vieler. Einzelne Personen sollen – so der bisherige Plan – von einem Infopunkt an der UNION weitergeleitet werden und vielleicht die Kette in Richtung Trift – Mühlenstraße ergänzen.

Die Menschenkette soll bundesweit um 12 Uhr stehen und dann für eine halbe Stunde #HandinHand für die Forderungen eintreten. Angemeldet wird die Aktion ab 11 Uhr, so dass sich alle ab dann ihren Platz in der Kette suchen können.

Anmeldung und Kommunikation über die email-Adresse:

rettungskette-celle@gmx.de



Foto: Hermine Poschmann

Gemeinsam die Kraft entfalten, Sachen zu verändern

?: *Stellt euch doch kurz vor.*

!: Wir sind Menschen, die in Neuenhäusen leben oder sich dort verorten. Wir finden es wichtig, uns in der Nachbarschaft mehr zu vernetzen, um so selbstständig Probleme zu lösen oder Dinge im Stadtteil zu verändern. Um erstmal einen Überblick zu bekommen und auch um viele neue Leute kennenzulernen, haben wir die Umfrage begonnen.

?: *Was habt ihr bisher gemacht und was sind eure weiteren Pläne?*

!: Vor allem im Mai haben wir möglichst viele Menschen in Neuenhäusen zu ihrem Leben hier befragt. U.a. zu den Themen Kultur, Bildung, Freizeit, Wohnen, Konsum und Ernährung. Dabei sind uns viele Leute begegnet und wir haben spannende Diskussionen geführt. **Am 18. Juli laden wir alle ein, um 15 Uhr zu einer Nachbarschaftsversammlung in den Triftpark zu kommen.** Bis dahin werten wir die Ergebnisse der Umfragen aus und versuchen herauszufiltern, welche Dinge wichtig wären zu besprechen und was es für konkrete Veränderungsvorschläge gibt. Natürlich geht es nicht darum, dass wir jetzt alles machen oder nur große Forderungen gestellt werden. Es geht darum, gemeinsam die Kraft zu entfalten, Sachen zu verändern.

?: *Warum macht ihr das nicht über die Stadtpolitik?*

!: Viele von uns sind der Meinung, dass es immer ein eigenes Engagement braucht, um wirklich Sachen zu verändern und so zu gestalten, wie wir das auch wollen. Es reicht nicht, Aufgaben weiterzugeben und zu meckern, wenn es nicht passiert. Warum sollten irgendwelche Menschen das Miteinander in meiner Straße verändern? Das können und sollten wir am besten selber machen. Wir glauben, dass durch Verbindungen von Menschen sehr vieles entstehen kann. Und wir fangen auch nicht bei null an, denn viele Nachbar:innen kennen sich bereits, helfen sich gegenseitig und teilen ein bisschen von ihrem Leben miteinander.

?: *Was ist eure Grundmotivation gewesen?*

!: Wir alle mögen Neuenhäusen, kennen schon viele Menschen, aber längst noch nicht genug. Auch leben wahrscheinlich viele im Stadtteil nebeneinander her. Es gibt zu wenig Momente und Orte, um sich zu begegnen. Und diese Begegnung wollen wir schaffen. Außerdem geht es dabei um Selbstorganisation an der Basis. Wenn wir uns in unserem Lebensumfeld zusammentun, können wir uns gegenseitig unterstützen und ein schöneres Zusammenleben entwickeln.

?: *Gibt es schon Ideen, was aus der Umfrage entstehen könnte?*

!: Nichts konkretes. Natürlich gibt es die eigenen Ideen, die Menschen so haben. Klar ist auch, dass wenn Leute gefragt werden, sie oft nicht wissen, was sich verändern könnte – was sie selber tun könnten, weil das so eigentlich nicht gemacht wird. Und genau das wollen wir ändern. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es zu wenig Räume der Begegnung gibt. Aber wie diese aussehen könnten, wie sie entstehen und gefüllt werden – das ist alles noch unklar. Wir werden hoffentlich genaueres am Ende der Umfrage sehen und vor allem die Versammlung wird zeigen, ob die Menschen auch Lust haben Sachen mitzumachen.



?: *Sind euch schon Probleme begegnet?*

!: Naja, Corona stört natürlich erheblich bei solch einer Umfrage, aber wir dachten uns, dass es keinen Sinn macht auf das „Ende“ von Corona zu warten, weil gerade jetzt die Nachbarschaft wichtig ist. Somit achten wir darauf, immer Masken zu tragen, uns regelmäßig testen zu lassen und auch mit einer Ablehnung und Angst von Menschen umgehen zu können.

Es gibt auch viele Leute, die kein Interesse hatten – aber das ist auch normal und okay. Neben Problemen hatten wir auf jeden Fall auch schon Erfolge: viele Leute waren motiviert mitzuhelfen und ihre Nachbar*innen und Freund*innen zu befragen.

Wer noch mitmachen möchte, kann bis Mitte Juni gerne unter www.sin-umfrage.rf.gd die online-Umfrage ausfüllen oder uns für ein persönliches Gespräch kontaktieren: Tel.: 0157-54575547 - Email: neuenhaeusen@riseup.net

Ein Zeichen setzen gegen Rassismus

Anlässlich des 1. Jahrestages der Ermordung des êzîdischen Jugendlichen Arkan Hussein Khalaf am 7. April 2020 schlossen sich in Celle rund 250 Menschen einer Gedenkdemonstration der Initiative „In Gedenken an Arkan“ an. Ziel der Initiative ist es, die Erinnerung an Arkan lebendig zu halten, aber auch auf die Hintergründe von Gewalttaten, besonders auf Rassismus, aufmerksam zu machen.

„Ich heiÙe euch noch einmal willkommen und danke euch, dass ihr das Leid mit meiner Familie teilt, dass ihr heute da seid. Denn das, was wir durchgemacht haben, ist sehr schwer gewesen und ich hoffe, dass der Täter seine gerechte Strafe kriegt. Denn mein Sohn wurde ermordet, für nichts und wieder nichts. Er ist sinnlos ermordet worden, von einem Rassisten“, sagt Arkans Mutter in ihrer bewegenden Rede am Tatort. Ihr Appell ist deutlich: *„Setzt ein Zeichen gegen Rassismus, denn wir leben hier und wollen hier in Frieden leben.“*

Nach dem Auftakt der Veranstaltung im Triftpark zogen die Teilnehmenden zur mit Blumen, Kerzen und Fotos geschmückten Stelle der Ermordung. Hier gab es Raum für persönliches Erinnern für jene, die den Jugendlichen gekannt hatten. Zudem wurde eine frisch angebrachte Gedenktafel feierlich enthüllt. Anschließend führte der Demonstrationzug weiter über den Thaerplatz bis auf die Stechbahn, wo eine abrundende Kundgebung stattfand.

Arkan Hussein Khalaf war 2014 mit seiner Familie vor dem Genozid an den Êzîd*innen durch Daes, den so-

genannten „Islamischen Staat“, aus seiner Heimatregion Şengal im Nordirak geflohen. Er konnte sich nach Deutschland retten, doch auch hier war er nicht sicher: Am 7. April 2020 wurde er auf offener Straße von einem ihm fremden deutschen Mann erstochen, der sich in sozialen Medien im Umfeld rassistischer und rechtsradikaler Gruppen bewegte. Seine Schwester beschrieb das schreckliche Ereignis mit den Worten: *„Wir sind über das Wasser gekommen und hier in Blut ertrunken.“*

Als behördlich anerkannter Tathintergrund gilt der Drogeneinfluss des Täters, seinem rassistischen Umfeld im Internet wurde wenig Beachtung geschenkt. Dieser Umgang wird von Rassismus betroffenen und Antirassist*innen kritisiert. *„In Celle verkündete die Polizei direkt nach der Tat, dass sie keine Hinweise auf eine ausländerfeindliche Motivation des Täters hat, diese Linie hat die Staatsanwaltschaft bis zum Urteil fortgesetzt. Es ist nicht hinzunehmen, dass so frühzeitig Rassismus als Tathintergrund kleingeredet wird, nachdem ein migrantischer Jugendlicher unvermittelt von einem Deutschen erstochen wurde“,* sagen die Redner*innen der Initiative „In Gedenken an Arkan“ in ihrem Redebeitrag. Sie warnen vor der Einordnung struktureller rassistischer Gewalt als „Einzelfälle“ - wie beispielsweise auch beim Anschlag in Hanau im Februar 2020. Klare Worte fand hierzu die Mutter Arkans: *„Wäre mein Sohn blond, so wäre das nicht geschehen. Wenn jemand Drogen konsumiert und Alkohol trinkt, so ist das für mich kein Grund, ein Kind zu ermorden.“*



Die Initiative „In Gedenken an Arkan“ setzt sich aus verschiedenen êzîdischen, kurdischen, deutschen und internationalistischen Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen. Neben der Veranstaltung zum Jahrestag setzt sie sich politisch für die Benennung einer Straße oder eines Platzes in Celle nach Arkan Hussein Khalaf ein.

Haesler-Bau abgerissen: Musste das sein?

„Musste das sein?“ fragt die *deutsche bauzeitung* Anfang Mai auf ihrer Webseite. In Celle war ein historisches Baudenkmal dem Abriss zum Opfer gefallen: ein Fabrikbau, den Otto Haesler 1924 am Ende der Speicherstraße für die Wachwarenfabrik Schmidt entwickelt hatte.

„Wie kann es sein“, fragt Robert Marlow, Präsident der Architektenkammer Niedersachsen, „dass ein Baudenkmal ohne Vorankündigung und öffentliche Diskussion dem Boden gleich gemacht wird?“ Der Haesler-Industriebau dokumentierte den Übergang in das Neue Bauen der zwanziger Jahre. Er zeige, wie sich die Architektursprache versachlichte und sich weg vom dekorativen hin zum funktionellen Bauen entwickelt habe.

Eher durch Zufall war die *otto haesler initiative* (ohi) im März auf den Beginn des Abrisses aufmerksam geworden und hatte die Medien informiert. Sie schaltete auch gleich die Fachaussicht beim niedersächsischen Wissenschaftsministerium ein. Das erstaunliche Ergebnis: Die Stadt Celle selbst hatte in Abstimmung mit der oberen Denkmalschutzbehörde am 9. März die Abrissgenehmigung erteilt, bereits am 10. März wurde daraufhin der vordere Teil des Hauses demoliert.

Die Abrissarbeiten ruhten nur kurz. Am 7. April teilte die Stadt mit:

Die städtische Abrissgenehmigung des Gebäudes in der Speicherstraße 25 ist rechtmäßig. Nachdem das Land Niedersachsen als Oberste Denkmalbehörde die Verfahrensunterlagen zur Einsicht angefordert hatte, liegt nun das Ergebnis der Überprüfung vor. Mit Schreiben vom 6. April teilt das Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit: „Ihre Abrissgenehmigung vom 09.03.2021 sowie der dazugehörige Abwägungsvermerk sind fachaufsichtlich nicht zu beanstanden“. Zudem zeigten die Schadenskartierungen und Untersuchungen den sehr fragilen Zustand des Gebäudes und wiesen auf die Grenzen der Erhaltungsfähigkeit hin.

Zuvor hatte die Stadt dem von Otto Haesler umgebauten Lagergebäude „dauerhafte und grundlegende Probleme hinsichtlich Standfestigkeit und -sicherheit attestiert“. Nachdem das Land nunmehr der Auffassung gefolgt ist, kann der Eigentümer mit dem Abriss zeitnah fortfahren.

Die ohi machte sofort darauf aufmerksam, dass die Pressemitteilung der Stadt wichtige Teile des Schreibens der obersten Denkmalbehörde einfach weglasse. Die Fachaufsicht habe nämlich gleichzeitig ausdrücklich darauf hingewiesen, „dass es aus Sicht des kulturellen Erbes wünschenswert wäre, wenn das Objekt dennoch erhalten und in Stand gesetzt wird, da ihm im Werk Otto Haeslers eine hohe Bedeutung zukommt, dokumentiert es doch seinen Übergang zum neuen Bauen.“

Danach wurde der Abriss vollendet. Für die ohi ergaben sich daraus folgende Konsequenzen und Fragen:

1) Die Stadtverwaltung sieht die Abrissgenehmigung eines Baudenkmals als einen ganz normalen Akt der laufenden Verwaltung, so die Pressemitteilung, bei dem sie niemanden fragen muss. Dieses Arbeiten ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und der Politik (und das unter Beteiligung der Bezirksdenkmalpflege) ist ein Teil des Problems, das man jetzt auch für die Zukunft lösen muss. Eine Konsequenz muss sein: Der Abriss eines Baudenkmals darf kein Akt der laufenden Verwaltung sein, hier muss die Öffentlichkeit eingeschaltet werden.

2) Dieses Gebiet am Ende Speicherstraße ist Teil der "Fortschreibung Rahmenplanung Allerinsel 2018" im Rahmen des Bundes-Förderprogramms Stadtumbau West. „Wesentlicher Bestandteil des Quartiers ist die Integration bestehender, erhaltenswerter Gebäude,“ heißt es in dieser von Rat beschlossenen Fortschreibung. Und dieser Haesler-Bau ist danach einer von drei historischen Bauten, die erhalten bleiben sollen. Der Abriss bedeutet, dass ein Drittel der historischen Bauten dieser Planung weggefallen ist. Und nicht nur das: Es bleiben von dem einstigen Arbeitsplatz Hafen nur Fabrikantenvillen übrig – ein Geschichtsverständnis wie in Kaisers Zeiten.

3) Warum hat die Stadtverwaltung den Abbruch nicht aufgehalten, wenn selbst aus dem Stadtrat heraus betont wird, dass es Klärungsbedarf bei vielen Fragen gibt. Bis jetzt hat man auch nicht den Eindruck, dass die Verwaltung gemerkt hat, dass sie hier völlig unangemessen gehandelt hat: Bisher gab es kein Wort, dass man Fehler eingesteht und diese für die Zukunft abstellt, und auch keine Entschuldigung.

Diese Fragen liegen jetzt auf dem Tisch. Die Antworten stehen aus.

Es gibt eine klare Tendenz der „Regentschaft“ von Dr. Jörg Nigge, so viel wie möglich zu „laufenden Geschäften der Verwaltung“ zu erklären, d.h. Rat und Stadtgesellschaft in eine Zuschauer*innenrolle zu drängen oder anders gesagt: zu entmachten. Trotz einiger halbherziger Initiativen aus dem Rat lässt sich vorerst festhalten: In dieser Frage scheint es geklappt zu haben. Und die fundierte öffentliche Kritik wurde einfach ausgesessen.

Der vom Rat beschlossene „Rahmenplan Allerinsel“ wurde von der Verwaltung schlicht und einfach ignoriert. Und dieser lässt es sich offensichtlich gefallen.

Zur Frage der Verantwortung ist bezeichnend, dass weder Oberbürgermeister Nigge noch Stadtbaurat Kinder sich gegenüber der Öffentlichkeit zu Abrissfrage überhaupt einlassen. Vorgeschickt wird die Pressesprecherin, wobei die Pressemitteilung – wie von der ohi an-

gemerkt – wesentliche Informationen verschwiegen.

Zur politischen Verantwortung sei noch folgendes hinzugefügt: Neben der ohl gibt es in dieser Stadt eine *otto haesler stiftung* – Vorstandsvorsitzender: Ulrich Kinder. Daneben sitzen im Vorstand etliche Ratsmitglieder und Vertreter der Zivilgesellschaft. Einige haben sich inzwischen kritisch zu dem Skandal geäußert. Joachim Schulze (SPD) hat eine Sondersitzung beantragt. Aber das Naheliegende, nämlich eine Forderung nach Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden, hat es bisher nicht gegeben. Dabei ist unstrittig, dass der Stadtbaurat Verantwortung nicht nur für den Abriss, sondern auch für die Art und Weise trägt.

Die Ratsfraktion von B'90/Die Grünen machte auf den Widerspruch aufmerksam, dass die Stadt im Bauhausjahr das „Neue Bauen“ von Haesler gefeiert und als touristischen Highlight genutzt habe, aber zwei Jahre später „wird die 2011 unter Denkmalschutz gestellte Wachswarenfabrik plattgemacht.“

Kommen wir zu der Frage, in wessen Interesse eigentlich der Abriss erfolgte. Dazu schwieg sich Celles Leitmedium genauso aus wie die Politik. Die HAZ war weniger scheu. Beim Eigentümer handelt es sich um Peter Preuhs, Seniorchef der Celler Firma Möbel Wallach.

Und worum geht es? Selbstverständlich um die profitable Vermarktung oder Nutzung des Grundstücks. Und wie das im Falle eines denkmalgeschützten Gebäudes trotzdem geht, zeigt sich hier exemplarisch: Man muss es nur dem Verfall preisgeben. „Wer sein Baudenkmal hegt und pflegt, wird oft mit zu vielen Auflagen der Denkmalpflege belastet, wer jedoch Jahre und Jahrzehnte sein Gebäude nicht oder nur unzureichend unterhält, bekommt dann offensichtlich dafür als ‚Dank‘ schneller eine Genehmigung für den Abriss“, merkt hierzu Dipl.-

Ing. Rudolf Becker an, der sich als Geschäftsführer der *otto haesler stiftung* deutlich von seinem schweigenden Vorstandsvorsitzenden absetzt.

Die Frage an den Eigentümer wäre doch, was er eigentlich seit der Unterschutzstellung zum Erhalt des Gebäudes unternommen hat?

Wenn Eigentümer*innen denkmalgeschützter Gebäude nichts zur Unterhaltung unternehmen können oder wollen, müsste ihnen – das ist doch die Konsequenz – dieses Eigentum genommen werden können.

Beim Inhaber von Wallach ist es, soviel dürfen wir unterstellen, nicht fehlendes Können, sondern fehlendes Wollen.

Und in diesem speziellen Fall dürften wir es auch mit der unheiligen Verquickung von Geld und Macht zu tun haben. Wallach dürfte ein gewichtiger Gewerbesteuerzahler sein. Und seinen Ansprüchen wird im Rathaus offensichtlich gefolgt. – Und da Wallach auch ein gewichtiger Anzeigenkunde ist, findet der Name Preuhs in der CZ-Berichterstattung keine Erwähnung.

Lassen wir noch einmal Robert Marlow, den Präsidenten der Architektenkammer Niedersachsen, zu Wort kommen. Nicht Abriss, sondern vielmehr das Weiterbauen im Bestand, sei heute auch im Rahmen der Diskussionen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit das Gebot der Stunde. „Wir dürfen uns auch bei der Entwicklung von neuen Baugrundstücken nicht gegen eingetragene Baudenkmäler stellen, sondern müssen diese im Verbund mit der Denkmalpflege einbeziehen. Architekten entwickeln passende Lösungen, die Altes und Neues miteinander verbinden und attraktive Standorte schaffen.“

Im Rathaus hat man Alternativen zum Abriss nicht einmal in Erwägung gezogen. *****



Wir haben uns dafür entschieden, ein etwa drei Jahre altes Foto des Baus zu nehmen, das den Zustand nicht schön. Hier aber nochmal zur Besonderheit des Baus ein Zitat aus Simone Oelker Haesler-Biografie (Simone Oelker: *Otto Haesler – Eine Architektenkarriere in der Weimarer Republik*, München 2002, S. 286):

„Der Fabrikbau entstand zu einem Zeitpunkt, als Haesler den zweiten Entwurf für seine Siedlung *Italienischer Garten* entwickelte. Die Kombination verschieden hoher Kuben erprobte Haesler mit diesem Fabrikbau, der damit zu einem Schlüsselwerk für seinen Weg zur Moderne wurde.“

Abriss drohte auch die Haesler-Blocks nördlich des Galgenbergs – jetzt gibt es Hoffnung

Mustersanierung im Blumläger Feld

Vor drei Jahren mussten die Mieter*innen der Haesler-Blocks im Blumläger Feld ihre Wohnungen räumen – 52 an der Zahl. Die Standsicherheit der Gebäude im Vogelsang, Rosenhagen und Galgenberg 20 sei durch Korrosion der Stahlgerüste gefährdet, hieß es zur Begründung seitens der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Wegen des erheblichen Sanierungsaufwandes, teilte die WBG weiter mit, sei noch nicht entschieden, ob die Immobilien abgerissen oder saniert würden. Nachdem die WBG mit Zustimmung des Stadtrates 2003 aus Wirtschaftlichkeitsgründen schon einmal eine ganze Häuserzeile am Hugoweg hatte abreißen lassen, waren (und sind) Zweifel am Sanierungswillen angebracht. Und es soll einen Aufsichtsratsbeschluss zum Abriss geben. Dies wurde 2018/2019 auch von den Fraktionen von CDU und Die Unabhängigen unterstützt – versehen mit dem denkmalpflegerischen Mäntelchen der Sanierung eines Musterhauses.

Doch jetzt gibt es ein kleines Licht der Hoffnung:

Als zu 100 % kommunale Wohnungsbaugesellschaft kann sich die WBG offenbar für einen Abriss nicht auf wirtschaftliche Gründe berufen. Daher soll nun in einem ersten Schritt eine Mustersanierung des Gebäudes Galgenberg 20 (Foto) vorgenommen werden, um Erfahrungen bei der Modernisierung der Gebäude zu sammeln – „im Kontext von Denkmalschutz und modernen Wohnanforderungen“, wie es weiter heißt. So sollen Erkenntnisse zur Rekonstruktion des Stahlskeletts sowie des Wandaufbaus gesammelt werden. Die Korrosions-



schäden waren durch Rissbildungen in den Fassaden einerseits und feuchtigkeitsundurchlässiger Fassadenfarbe andererseits entstanden, was zu statischen Mängeln am Stahlskelett geführt hatte.

Die denkmalgerechte Sanierung des Blumläger Feldes Nord wird zu 50 % mit Mitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM Bereich Denkmalschutz) gefördert; maximal stünden für den gesamten Siedlungs-

teil 7 Mio. Euro zur Verfügung.

Erst nach dieser Mustersanierung könnten die Gesamtkosten für eine Komplettsanierung des Blumläger Felds seriös ermittelt werden.

Das Blumläger Feld war in zwei Bauabschnitten im Jahr 1930 Otto Haeslers letzter großer Wohnsiedlungsbau in Celle. Angesichts der damaligen Wohnungsnot und Wirtschaftskrise war die Planung auf die Erzielung günstiger Mieten ausgerichtet, was gelang – auch durch die Anlage einer zentralen Heizanlage.

Auch heute spielen die Mieten, die bei einer Sanierung herauskommen, eine wichtige Rolle. Bisher stand im Raum, dass der Quadratmeterpreis von zuletzt gut vier auf 14,50 Euro steigen könnte, wie zuletzt auch die HAZ noch einmal kolportierte. Im Bauausschuss der Stadt aber behauptete Stadtbaurat Kinder jetzt, dass nach derzeitigen Kalkulationen ein Quadratmeterpreis von 6,60 Euro herauskommen könnte.

Mehr zur Geschichte unter: <https://denkmalatlas.niedersachsen.de/viewer/objekte/blumlaeger-feld/>

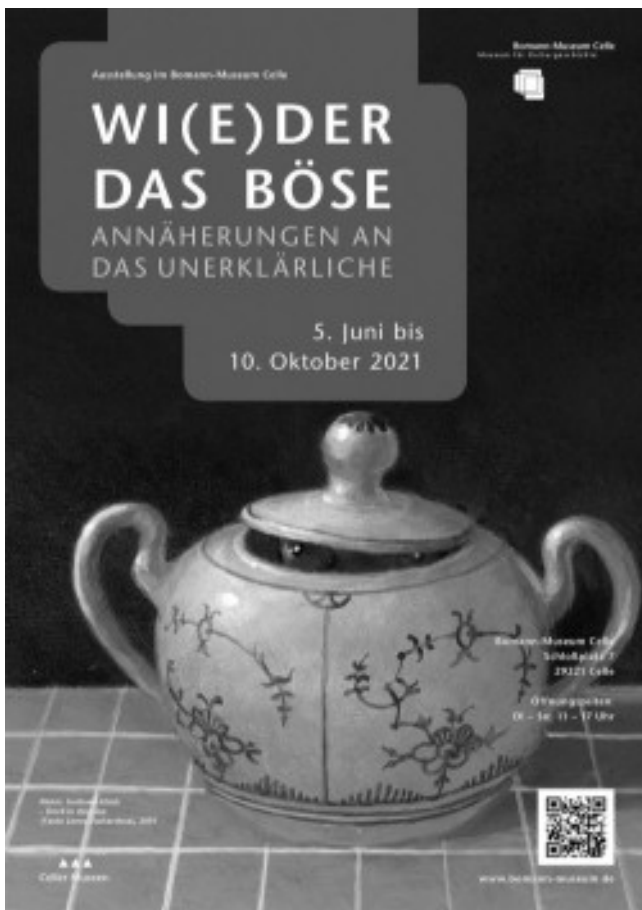
Otto Haesler, Celle und mehr

Zum Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“ stellte die Stadt Celle vor zwei Jahren die Bauten Otto Haeslers aus den 1920er Jahren in den Mittelpunkt. Die otto haesler initiative unterstützte dies mit einer Vortragsreihe. Sie sollte auch mit anderen Perspektiven und Fragestellungen neue Zugänge zum Werk Haeslers erschließen. Die Reihe fand eine sehr große Resonanz, so dass die Idee entstand, die Vortragsthemen auch in einem Buch zu veröffentlichen.

Neun Aufsätze sind in einem ansprechenden, von Carsten Maehnert redaktionell betreuten Band versammelt. Neben bekannten Expert*innen wie Simone Oelker, Dietrich Klatt und Sid Auffarth, die mit ihren Beiträgen anschaulich in die Bedeutung Haeslers für das „Neue Bauen“ einführen, werden in anderen Aufsätzen Einzelaspekte behandelt, die auch für das interessierte Celler Publikum Neuland waren. Zu erwähnen sei hier z.B. der Aufsatz von Ute Maasberg über „Katt Both, Architektin im Netzwerk der Moderne“. Die Bauhaus-Schülerin war von 1929 bis 1931 in Haeslers Büro beschäftigt und an allen Projekten dieser Jahre beteiligt, so z.B. der Siedlung Blumläger Feld oder dem Direktorenwohnhaus.

otto haesler initiative (Hg.): 100 Jahre Bauhaus, Otto Haesler, Celle und mehr. Vorträge zum Bauhausjubiläum 2019. Celle 2020, ISBN: 978-3-948087-03-06, 156 S., 22 EUR [in der Stadtbibliothek unter: Cel 725 Hae]





Rund 60 Künstlerinnen und Künstler der komischen wie der „unkomischen“ Künste wurden für die Ausstellung gebeten, dem individuell-persönlichen oder dem gemeinschaftlich-öffentlichen „Bösen“ auf die Spur zu kommen.

Mit Malerei und Grafik, Film und Installation suchen sie nach Ideen und Antworten, nach Vorzeichen und Auswirkungen, zeigen Verweigerung, Verteidigung, Verhinderung und Widerstand. Entstanden sind spannende, unterhaltsame und mitunter verstörende Arbeiten, die die Besucher*innen einladen, das „Böse“ zu reflektieren und letztlich auch nach dem „Guten“ zu suchen.

Unter den von Kuratorin Hilke Langhammer und WP Fahrenberg zu der Ausstellung gebeten 60 Künstler:innen finden sich Namen, die dem einen oder der anderen durchaus bekannt sein dürften, und so sind u.a. dabei:

Horst G. Brune, Robert Gernhardt †, Gerhard Glück (von dem auch das Plakatmotiv stammt), Frank Hoppmann, Rudi Hurzmeier, Horst Janssen †, Ernst Kahl, Til Mette, Jub Münster, Bernd Pfarr †, Gideon Pirx, Ari Plikat, Eberhard Schlotter †, Michael Sowa, Karl Thun u.v.m.

Das Begleitprogramm umfasst Führungen und Workshops, die auch für Schulen (ab dem 9. Jahrgang) angeboten werden.

Außerdem ist ein dicker Katalog (es kommen alle Teilnehmenden darin vor) zu der Ausstellung erschienen.

Bomann-Museum Celle // 5.Juni – 10.Oktober 2021

Plakat: Gerhard Glück, Devil in disguise (Tante Lenes Zuckerdose), 2019

Blick nach Links # 19 Alle Jahr wieder

Die Störche sind die einzige Familie der Ciconiiformes und mit 6 Gattungen und 19 Arten in allen Kontinenten außer Antarktika verbreitet, so auch im LK Heidekreis und LK Celle.

Hier ist es der Weißstorch (*Ciconia ciconia* L.): Die Brutzeit - beide Partner brüten abwechselnd - dauert 30-32 Tage, das Gelege besteht aus 2-8 Eiern, im Durchschnitt werden dabei 2,96 ausgebrütet. Die anschließende Nestlingszeit dauert zwischen 58 und 64 Tagen.

Und den Störchen sind unbedingt gute Witterungsbedingungen zu wünschen, also es sollte nicht über längere Zeit nass und kalt sein. Gibt es nicht für alle genug Nahrung in der Umgebung, werden auch schon mal Jungstörche aus dem Nest geworfen. Im Großen und Ganzen nehmen die Bestände seit Mitte der 1980er Jahre deutlich zu.

Mit dieser Webcam lässt sich das Schwarmstedter Storchchenpaar unaufdringlich anblicken:

<http://taxi-schwarmstedt.de/LiveCam/>



Screenshot vom 16.05.2021

Im Wald und auf der Heide # 33



In der Stadt beim Mobilienmakler (Symbolfoto)

Spontandemonstration der NPD in Celle

Am zweiten April-Wochenende sollte ein Landeskongress der „Jungen Nationalisten Nord“ (Jugendorganisation der rechtsextremen NPD) auf dem Gelände des NPD-Hofs (ehemals Hof Nahtz) stattfinden. Dieser wurde am Abend des 09.04.2021 durch die Polizei und das Ordnungsamt aufgrund von Verstößen gegen Corona-Auflagen aufgelöst. Für diesen Kongress waren Neonazis und JN Kader aus Niedersachsen und dem gesamten norddeutschen Raum angereist.

Nach der Auflösung durch die Polizei fuhren die Nazis nach Celle. Dort zogen ca. 18 Nazis in der Nacht mit einer Spontandemonstration durch die Stadt und hielten eine Kundgebung auf dem Großen Plan in Celle ab. Mit dabei waren Sebastian Weigler als Redner, Micha Müller und weitere JN Kader.

Die Aktivitäten zeigen, dass sich die Nazis permanent, auch zu Corona-Zeiten, auf dem NPD-Gelände (ehemals Hof Nahtz) treffen und diesen Ort nutzen. Das Gelände hat inzwischen große Relevanz für die NPD/JN Strukturen in ganz Norddeutschland. Es gilt als sicher, dass mehrere Nazis dort mittlerweile wohnen und sich dauerhaft dort aufhalten. Sie treten aktuell immer offensiver auf.

Die Nazis betrachten den Hof und die umliegenden Ländereien als ihr Territorium, auf dem sie alles machen können; und wenn sie daran gehindert werden, gibt es offensive Gegenreaktionen und Angriffe auf die vermeintlich Störenden.

Quelle: <https://eschedenazifrei.noblogs.org/>

Ankündigung Demo gegen "braune" Sonnwendfeier

Das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus lädt zu einer Demonstration gegen eine Sonnwendfeier der NPD in Eschede am **Samstag, dem 19. Juni 2021**, ein. Treffpunkt ist um 13.00 Uhr am Bahnhof in Eschede, die erste Kundgebung findet an der L 281, Kreuzung "Am Dornbusch / Zum Finkenberg" statt, die Hauptkundgebung direkt vor dem NPD-Hof Nahtz in Eschede.

Immer wieder finden auf dem NPD-Hof Nahtz in Eschede Neonazi-Treffen statt. Besonders die 'Sonnwendfeiern' und das 'Erntefest' haben schon eine lange Tradition. Die Neonazis bezeichnen diese Feste als Brauchtumsfeiern. Ihr eigentliches Ziel ist es aber, auf diesen Zusammenkünften der norddeutschen Neonazi-Szene Kontakte zu pflegen, Termine abzusprechen und neue Aktionen vorzubereiten. Somit sind diese 'Sonnwendfeiern' alles anderes als harmlos. Deshalb protestieren wir auch vehement gegen diese Treffen. Wegzuschauen wäre das völlig falsche Signal. Dort, wo Neonazis ungestört handeln können, machen sie sich breit. Ihre Szene verfestigt sich und sie nutzen die Gelegenheit, besonders junge Leute in ihre Kreise zu ziehen.

Eschede Provokation ging von NPD aus

Johanna Ottermann (Anmelderin der Demo am 8.5) und Wilfried Manneke (Sprecher des Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus) äußerten sich in einer Stellungnahme gegen die Stimmungsmache gegen die autonome AntiFa:

Nachdem die Cellesche Zeitung schon am Montag über unsere Demo in Eschede (8.5.2021) berichtet hat, äußert sie sich heute noch einmal dazu unter der Überschrift: "Antifa stört erneut friedlichen Protest."

Der CZ-Artikel erweckt den Eindruck, als wenn wir (Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus) das Opfer des Antifa-Auftritts gewesen wären. Das ist Humbug. Die Antifa ist aus den gleichen Gründen nach Eschede gekommen wie wir. Es ist der Protest gegen den immer dreister auftretenden Rechtsextremismus in Deutschland. Die haarsträubenden Versuche der Rechtsextremen, den 8. Mai für ihre Zwecke zu missbrauchen, sind ein deutliches Indiz dafür.



Die ersten Provokationen auf der Demo in Eschede gingen vom NPD-Zentrum aus. Der NPD-Fotograf mit seinem überaus großen Teleobjektiv; er wollte uns einschüchtern. Seine Botschaft: Wenn ich erst ´mal Dein Gesicht fotografiert habe, dann weiß ich auch bald, wie Du heißt und wo Du wohnst!´´

Es ist auch provozierend, wenn die Leute vom NPD-Hof direkt am Zaun stehen oder mit Hilfe einer Leiter sogar grinsend überm Sichtschutz schauen. Am besten wäre es, wenn die gar nicht erst vor die Haustür treten würden.

Der Höhepunkt der Provokationen aber war die furchtbar laute Musik. Sie war diesmal so laut, dass wir unsere Kundgebung vorerst abbrechen mussten, obwohl wir 150 Meter vom Hof entfernt waren.

Die Antifa ist vorm Zaun des NPD-Zentrums stehen geblieben. Das ist richtig. Erst nach mehrmaliger Aufforderung der Polizei ging sie weiter. Als die ohrenbetäubende Musik plötzlich einsetzte, blieb sie wieder stehen. Das ist aufgrund solch einer heftigen Provokation ja auch kein Wunder! Die Polizei sollte ´mal ein Gefährdengespräch mit den Rechtsextremen auf dem NPD-Hof führen. Wenn die sich nämlich unauffällig und ruhig verhalten würden, würden die Demos auch anders verlaufen, trotz Beteiligung der Antifa.

Stolpersteine zu Arbeiter-Widerstand

Im April wurden weitere zwölf Stolpersteine in Celle verlegt, sechs davon für Mitglieder des Widerstands aus der Arbeiterbewegung. Wir sprachen mit Reinhard Rohde, der 2015 zusammen mit Tim Wegener ein Buch zu lokalen Verfolgungsgeschichten veröffentlicht hat.

??: Kürzlich sind fünf Stolpersteine für Arbeiter verlegt worden, die am 24.11.1938 an ihrem Arbeitsplatz unter der Beschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet wurden. Was kannst du uns dazu erzählen?

!!: Hermann Müller, Wilhelm Lenk, Georg Schütz, Ludwig Köhler und Karl Wallis, bis auf Lenk alles ehemalige SPD-Mitglieder hatten bei der Sackkarrenfabrik Wille & Sohn in der Heese, Bredenstraße 1, gearbeitet. Die Fabrik ist vor einigen Jahren endgültig abgerissen und das Gelände neu bebaut worden. Am 10. Mai 1939 vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin der „Verbreitung eines hochverräterischen Unternehmens“ angeklagt und beschuldigt, „durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern“.

??: Wie sah das konkret aus?

!!: Laut Anklageschrift bestanden ihre Aktivitäten vor allem in der Verbreitung von Nachrichten ausländischer Sender und dem Verweigern bzw. der „Verächtlichmachung des Deutschen Grußes“. Weiter sollen sie Verlautbarungen der NSDAP vor den Kollegen als unwahr bezeichnet und lächerlich gemacht haben. Noch 1938 soll der größte Teil der bei der Sackkarrenfabrik Beschäftigten gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sein.

??: Über den Widerstand war ja bis zu eurem Buch lokalgeschichtlich relativ wenig bekannt. Wie kommt das?

!!: Die Geschichte der Arwic-Kollegen ist da aber eine Ausnahme. In den frühen 1980er Jahren gab es beim DGB, geleitet von der damaligen Rechtsschutzsekretärin Gudrun Ecker und dem Hustedt-Dozenten Dietrich Höper, eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Grabe, wo du stehst“. Mit der Methode der „Oral History“ sollten und wollten wir in die Lokalgeschichte der Arbeiterbewegung eintauchen. Wir haben also Interviews mit älteren Kolleg*innen gemacht. Und hörten wir erstmals Geschichten von Widerstand, die uns völlig unbekannt waren. Wir hörten auch erstmals von dem Massaker auf KZ-Häftlinge nach dem Bombenangriff auf den Güterbahnhof vom 8. April 1945.

Und einer der Kollegen brachte dann auch mal eine Kopie der Anklageschrift gegen die Arwic-Arbeiter mit, die er von der Witwe von Hermann Müller bekommen hatte. - Ich sehe mal zu, dass ich es bis zum Erscheinen eures Heftes bei <http://www.celle-im-ns.de/> einstelle.

??: Wir dokumentieren am Besten eine längere Passage.

!!: Gut, weil die Staatsanwaltschaft da schon sehr ins Detail geht. Aber für den Hinterkopf muss immer klar sein, dass es die Darstellung der Staatsanwaltschaft ist. Von vier der fünf Betroffenen haben wir aber in Archiven weitere Quellen gefunden, die im wesentlichen die Ermittlungen der Anklageschrift bestätigen.

??: Um was für Quellen handelt es sich dabei?

!!: Unser Buch beruht ja auf einem Aktenbestand im Stadtarchiv. Ende 1945 hatte die Stadtverwaltung Bürger*innen dazu aufgerufen, ihre Verfolgungsgeschichte zu erzählen. Dann haben wir versucht im Hauptstaatsarchiv korrespondierende Akten aus den Wiedergutmachungsverfahren zu finden, was in vielen Fällen gelungen ist.

??: Auf den Stolpersteinen ist ja ganz kurz die jeweilige Verfolgungsgeschichte angerissen. Kannst du das für uns ein bisschen ausführen.

!!: Drei der fünf Männer wurden auf Grund des Heimtückegesetzes zu je sechs Monaten Haft verurteilt. Da sind die Stolpersteine nicht ganz richtig. Die Anklage war im Verfahren heruntergestuft worden. Köhler und Schütz wurden freigesprochen, Köhler aber hatte fünf Monate in Untersuchungshaft verbracht.

??: Müller, Lenk und Wallis kamen nach Verbüßung der Haftstrafe aber noch ins Konzentrationslager. Wie das?

!!: Die Arbeiter haben gut 10 Monate im Gerichtsgefängnis in Celle gesessen, bevor sie noch vor dem Urteilsspruch – und zwar einen Tag nach Kriegsbeginn – ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden. Sie hätten nach dem Urteilsspruch eigentlich sofort entlassen werden müssen, aber sie wurden erst gemeinsam am 15. Januar 1942 entlassen.

??: Ist aus den Akten ersichtlich, ob sie 1945 eine Entschädigung bekommen haben.

!!: Für nachweisbare Haftmonate gab es 150 DM pro Monate, für Müller und Wallis also 5.700 DM. Lenk hatte schon 1933 gesessen und kam auf insgesamt 47 ½ Haftmonate, er dürfe also 7.200 DM bekommen haben. Neben die-



ser sogenannten Haftentschädigung gab es in der Regel eine Zahlung für den Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen, häufig in Form einer sogenannten Geschädigtenrente. Strittig waren in den Wiedergutmachungsverfahren immer die erlittenen Gesundheitsschäden. Müller etwa war nach der KZ-Haft linksseitig nervengelähmt und dadurch mit 53 Jahren arbeitsunfähig geworden.nach einigem Hin und Her bekam er auf Grundlage einer 30 prozentigen Erwerbsminderung eine kleine Geschädigtenrente.

?: Wir sind von der Frage abgekommen, wieso über den lokalen Widerstand eigentlich so wenig bekannt ist?

!: Ich habe in Erinnerung, dass die Kolleg*innen, die wir Anfang der 1980er Jahre interviewt haben, sehr vorsichtig agiert haben. Das eine war sicher, dass sie skeptisch waren gegenüber dem Projekt von diesen „Studierten“. Ich denke aber auch, dass die Erfahrung von Antikommunismus dazu kommt, der die Celler Stadtgesellschaft ja so lange geprägt hat, bis es den „Kommunismus“ in sowjetischer Staatsform schon nicht mehr gab. Also. Wer Widerstand geleistet hatte, stand im Verdacht, Kommunist*in zu sein. Und das war gesellschaftlich spätestens seit Gründung der DDR in der Bundesrepublik kein Vorteil. Dem Antisemitismus musste die Volksgemeinschaft abschwören, aber wenigstens der Antibolschewismus durfte, unterstützt durch Staat und Medien, in einen dauerhaften Antikommunismus münden. Schaut Euch die Straßennamen im sogenannten Widerstandsviertel in Klein-Hehlen West an: Kommunist*innen gibt's darunter nicht.

?: Bei der Arwic-Fabrik waren vier von fünf ja aber Sozialdemokraten?

!: Ja, aber auch z.B. Willy Brandt oder Herbert Wehner wurden ja bis in die 1970er Jahre von rechts wegen ihrer antifaschistischen Biografien angegriffen.

?: Wie ist der sonstige Forschungsstand zum Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung in Celle?

!: Wir hatten in den frühen 1980er Jahren das große Glück, dass Schüler des Hölty-Gymnasiums mit Paul Schang, einem 1933 sehr jungen Kommunisten, ein Interview geführt haben. Das ist sehr lebendig und gibt eine Ahnung davon, in welcher Situation sich die lokale KPD in den Jahren 1932 – 1934 befunden hat. Das lässt sich nachlesen auf <http://www.celle-im-ns.de/> unter der Überschrift „Celler Alltag im Faschismus“. Die DKP hat mal eine Broschüre zum damaligen Celler KPD-Vorsitzenden Otto Elsner gemacht, die gibt es in der Stadtbibliothek. Gut: Unser Buch „... melde mich hiermit als von den Nazis Geschädigter ...“, das es auch in der Stadtbibliothek gibt. Da haben wir 28 Verfolgungsgeschichten von Menschen aus der Arbeiterbewegung dokumentiert und dazu auch eine zusammenfassende Einleitung geschrieben. Aber wir gehen davon aus, dass an die 70 Personen aus Stadt und Landkreis Celle wegen Widerstandshandlungen in Gefängnissen und Konzentrationslagern waren. Das Problem bei den Wiedergutmachungsakten, aus denen sicher noch viel zu erfahren wäre, ist, dass es bei der Suche Namen braucht. Die Akten sind leider nicht hinsichtlich der Wohnorte katalogisiert.

Reinhard Rohde, Tim Wegener: „... melde ich mich hiermit als von den Nazis Geschädigter“ - Frühe Berichte von der Verfolgung in Celle“ (= Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte), Bielefeld 2015, ISBN: 978-3-89534-980-5, Preis: 24 Euro

Aus der Anklageschrift

Die Angeschuldigten waren bis zu ihrer Festnahme in der Transporterätefabrik R. Wille & Sohn in Celle beschäftigt. Der größte Teil der Belegschaft dieser Fabrik war früher marxistisch eingestellt und steht auch heute noch dem nationalsozialistischen Staat ablehnend gegenüber. So wurde der deutsche Gruß nicht angewendet. Wenn einer der wenigen nationalsozialistisch eingestellten Gefolgschaftsmitglieder mit diesem Gruß grüßt, wird mit „Guten Morgen“ erwidert oder der deutsche Gruß lächerlich gemacht. Maßnahmen des Staates oder der NSDAP. werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit in abfälliger Weise kritisiert. Nationalsozialistisch eingestellte Gefolgschaftsangehörige werden von der übrigen Belegschaft gemieden. Neu eintretende Arbeiter werden zunächst auf ihre Gesinnung untersucht und, falls sie sich zum Nationalsozialismus bekennen, ebenfalls nicht beachtet. Besonders kennzeichnend für die politische Einstellung der Belegschaft ist, dass sich bei der in den Septembertagen 1938 mit Gauleiter Telschow veranstalteten Trauerkundgebung nur 5 Gefolgschaftsmitglieder einfanden. Zu einem großen Teil war die Einstellung der Belegschaft auf das Verhalten der Angeschuldigten zurückzuführen, die sich besonders in dem angeführten Sinne hervorgetan haben. [...]

Schon bald nach dem Eintritt des Heuduk in den Betrieb im März 1937 versuchten die Angeschuldigten, vor allem Müller, Lenk und Köhler, den Zeugen für ihre Ansichten zu gewinnen. Da Heuduk erst aus dem Arbeitsdienst zurückgekommen war, waren sie offenbar der Annahme, dass Heuduk verbittert sei und sie daher ein um so leichteres Spiel hätten. So kam der Angeschuldigte Müller, nachdem er sich vorher mit Lenk und Köhler verständigt hatte, bald nach der Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes in Fallersleben, ohne irgend einen ersichtlichen Anlass zu Heuduk und versuchte, ihm unter Vorlage einer bereits angefertigten Rentabilitätsberechnung klar zu machen, dass für die Arbeiter die Anschaffung des Wagens nicht möglich sei. Ein anderes Mal hielt ihn der Angeschuldigte Köhler an, ohne dass auch hierfür ein Grund vorlag und meinte, dass sich auch zu dem Buche des Führers „Mein Kampf“ sehr viel sagen lasse. Der Zeuge bog jedoch das Gespräch mit dem Hinweis ab, dass der Führer außerhalb jeder Diskussion stehe, worauf Köhler erwiderte, dass sich jedenfalls manches von dem Inhalt des Buches bestreiten lasse. Als die Angeschuldigten erkennen mussten, dass der Zeuge in seiner nationalsozialistischen Einstellung nicht wankend zu machen ist, ließen sie von ihren politischen Gesprächen ab und griffen ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit persönlich an. Auf die Stücke, die Heuduk aus der Stellmacherei zur Weiterverarbeitung bekam, waren Inschriften angebracht, die den Zeugen persönlich oder politisch treffen sollten. So waren zweimal zu verschiedenen Zeiten, das letzte Mal im Frühjahr 1938, am Tage der Verkündung des Großdeutschen Reiches, auf Karrenbäumen die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ geschrieben worden. Als Täter kommt hierfür der Angeschuldigte Lenk in Betracht, der Heuduk gegenüber auch zugegeben hat, einmal eine derartige Inschrift angebracht zu haben. Schließlich erreichten es die Angeschuldigten, dass Heuduk von dem größten Teil der Belegschaft gemieden wurde, worüber der Zeuge so verbittert war, dass er sich mit Selbstmordgedanken trug.



A Stream comes true!

Die Stadtbibliothek Celle hat ihr Angebot um den Streamingdienst filmfreund erweitert. Ohne zusätzliche Kosten haben damit alle Bibliotheksnutzer*innen unbegrenzten Zugriff auf mehr als 2.800 Spiel- und Dokumentarfilme, Serienfolgen und Kurzfilme.

Die Anmeldung erfolgt einfach von zu Hause oder unterwegs mit Ausweisnummer und Passwort über die Homepage der Stadtbibliothek oder direkt unter www.filmfreund.de.

Die Altersfreigabe für Kinder wird bei einer Anmeldung auf filmfreund automatisch geprüft. Außerdem erhebt der Anbieter keinerlei personenbezogene Daten beim Streamen.

Aktuell lassen sich die Filme mit einer Internetverbindung auf dem PC / Mac oder auf dem Tablet und Smartphone über den Browser, sowie über TV-Geräte (via AppleTV oder Google ChromeCast) streamen. Außerdem ist eine TV-App für Apple TV verfügbar.

Ebenso gibt es eine App für Apple iOS- und Android-Mobilgeräte, damit sind Downloads bzw. die Offline-Nutzung möglich.

Es sind nicht allzu viel aktuelle Produktionen dabei, aber Einiges, das wir auch schon mal im Kino achteinhalb haben sehen können. Hier mal eine kleine Top Ten:

1. Frances Ha – von Noah Baumbach (2012)
2. Paterson – von Jim Jarmusch (2016)
3. Django – von Etienne Comar (2017)
4. A Fábrica de Nada – von Pedro Pinho (2017)
5. Der lange Sommer der Theorie – von Irene von Alberti (2017)
6. It Must Schwing - Die Blue Note Story – von Eric Friedler und Wim Wenders (2018)
7. Frohes Schaffen – Ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral – von Konstantin Faigles (2012)
8. Das Salz der Erde – von Wim Wenders, Juliano Ribeiro Salgado (2014)
9. Worauf warten wir noch? - von Marie-Monique Robin (2016)
10. Ex Libris: The New York Public Library – von Frederick Wiseman (2017)

Virtuelle Ausstellung zu „100 gute Gründe gegen Atomkraft“

Die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hat Ende letzten Jahres gemeinsam mit den Stromrebell*innen der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) die Internetseite 100-gute-gruende.de veröffentlicht. Wie es der Name vermuten lässt, finden sich auf der Seite 100 Gefahren der nuklearen Energiegewinnung - neu recherchiert, aktualisiert und illustriert. Die Seite ist insbesondere auch für junge Menschen ein guter Einstieg in die Thematik.

Was bedroht Leben und Gesundheit von Millionen Menschen, belastet Tausende von Generationen mit strahlendem Müll, ist ineffizient, inkompatibel mit Erneuerbaren Energien und zudem die teuerste Art, Strom zu erzeugen? Genau, das ist Atomkraft: ein Irrweg, auch und gerade in der Klimakrise. Gegen alte wie neue Reaktoren sprechen also jede Menge gute Gründe. Hier sind 100 davon.



Atomenergie und Klima

Der Klimaexperte Volker Quaschnig und seine Frau Cornelia Quaschnig, die sich ebenfalls seit vielen Jahrzehnten aktiv für den Umweltschutz engagiert, erklären in Folge 17 ihres gemeinsamen Podcasts ausführlich, warum Atomkraft kein Ausweg aus der Klimakrise ist.

Die Atomenergie wird wegen der hohen Risiken mehrheitlich abgelehnt. Bill Gates und andere sind allerdings der Meinung, dass mit neuen Reaktorkonzepten viele Probleme gelöst seien. Und sie sehen in der kohlendioxidarmen Atomkraft den Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz.

Ist die Atomenergie ein zu Unrecht vernachlässigter Hoffnungsträger für den Klimaschutz oder ist die neue Begeisterung für die Atomenergie am Ende viel Rauch um nichts? Dieser Podcast analysiert die Fakten und liefert Hintergründe: <https://www.youtube.com/watch?v=d0gvpu036VE>

„Karawane für das Leben“ gestartet

Am Montag, den 3. Mai 2021, verließ eine Delegation von Maya-Indigenen aus dem süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas den amerikanischen Kontinent, um nach Europa zu segeln. Sieben Mitglieder der „Zapatistischen Autonomiebewegung“, benannt nach dem mexikanischen Revolutionsgeneral von 1910, Emiliano Zapata, gingen vor der „Isla Mujeres“ („Insel der Frauen“) an Bord des Segelschiffes „La Montaña“, um nach einer rund sechswöchigen Überfahrt europäisches Festland zu betreten.

Der Name dieser Insel ist Programm für die gesamte Reise, denn es werden weitere indigene Delegationen folgen, die sich zu mindestens drei Vierteln aus Frauen und Anderen Geschlechtern zusammensetzen und neben der zapatistischen EZLN dem Congreso Nacional Indígena sowie der FPDTA-MPT angehören.

Ein Ziel dieser „Karawane für das Leben“ ist es, am 13. August 2021, genau 500 Jahre nach der Kolonisierung Mexikos durch Spanien, in Madrid an die Türen der Macht zu klopfen und den Herrschenden zu sagen: „Vor 500 Jahren habt ihr begonnen, uns zu kolonisieren, aber ihr habt es nie geschafft, uns zu besiegen.“ Dies ist jedoch nicht der einzige Grund für den Besuch der indigenen Delegation in Europa.

Einladung von Basisbewegungen „von unten und links“

Eingeladen hat ein breites Bündnis linker europäischer Basisbewegungen, die vor allem zu den Schwerpunkten Feminismus und Gendergerechtigkeit, Antirassismus, Antifaschismus, Klimagerechtigkeit und Antikapitalismus arbeiten und zum Teil in Alternativen Strukturen und Ökonomien leben.

In Deutschland bezeichnen die Aktivist*innen ihre Organisation als „Netz der Rebellion“. Beabsichtigt ist ein Austausch von Aktivist*innen in fast allen europäischen Ländern mit der insgesamt rund 160 Menschen umfassenden Delegation, bei dem es um nichts weniger als um das Überleben der Menschheit und um den Schutz des selbstbestimmten Lebens gehen soll.

„Zu lange schon werden die zentralen Probleme der Menschheit weltweit ignoriert, damit die Menschen, Ressourcen und Lebensgrundlagen kapitalistisch verwertet und ausgebeutet werden können“, so die Frankfurter Aktivistin Rosa Flora, Mitglied einer der beteiligten Gruppen. „Solange sich niemand wehrt, wird die Naturzerstörung und die Unterdrückung und Benachteiligung beispielsweise von Frauen oder Indigenen weitergehen. Aber eine Gegengewalt würde die Menschheit nicht retten, der Widerstand muss intelligenter sein, als die kapitalistischen und patriarchalen Aggressoren“, so die Aktivistin weiter.

Die mexikanischen Indigenen bereisen auch Deutschland

In Deutschland formiert sich dieser "Widerstand" aus verschiedenen Bewegungen bereits seit Ende letzten Jahres

„von unten und links“, so die Selbstbezeichnung der Aktivist*innen. Sie bereiten den Empfang der mexikanischen Delegation im Sommer dieses Jahres vor. „Durch Corona stehen wir dabei vor einer riesengroßen Herausforderung, aber wenn es zum Beispiel der Fußball schafft, während der gesamten Pandemie Spiele durchzuführen, sollte es ein ebenso lösbares Problem sein, den Austausch von hiesigen Aktivist*innen und Bewegungen mit den mexikanischen Indigenen Corona-konform zu gestalten. Sie können uns viel über Autonomie und Subsistenzwirtschaft, aber auch über Geschlechtergerechtigkeit und Naturbewahrung beibringen“, so der Münsteraner Volker Elan, ein weiterer Aktivist aus dem Netzwerk.

Wann die indigene Delegation aus Mexiko in Deutschland ankommt, ist noch nicht gewiss. Die Vorbereitungen laufen jedoch auf Hochtouren, erste Festivals mit kulturellen Beiträgen finden bereits - online – statt.

Einen Spendenaufruf gibt es auch schon, er ist neben weiteren Informationen auf der Homepage des "Ya Basta-Netzes", einem Zusammenschluss von Solidaritätsgruppen und anderen Initiativen zu finden. Dort gibt es auch mehr Informationen über die "Gira Zapatista" genannte Delegationsreise: www.ya-basta-netz.org



Fotos: Daliri Oropeza

Eine Abordnung des CNI überreicht der Delegation die Maya-Fahne

Tierra y Libertad

Die Zeitschrift Tierra y Libertad hat in einer Art "Sondernummer" viele Kommunikés der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN dokumentiert. Und wir sehen: Die Zapatistas bleiben sich treu - frei nach dem Motto: "Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern, es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute." Bestellungen über:

<https://www.tierra-y-libertad.de/>

Bis zur Ankunft des Schiffes gibt es den Podcast radio es-cuelita zum Anhören und Herunterladen:

<https://radioescuelita.blackblogs.org/>



Nächster Global Degrowth Day: 5. Juni 2021 Auch in Celle - Gutes Leben für alle

Wieder werden in vielen Städten öffentliche Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, die praktische Alternativen zur Wachstumsgesellschaft in der Öffentlichkeit sichtbar machen und zeigen: Ein gutes Leben für alle ist möglich! Auch in Celle. **Die Klimaplattform zum Aktionstag etwas in der Altstadt anbieten. Genaueres in de Tagespresse.**

„Gutes Leben für alle setzt eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform voraus, die das Wohlergehen aller Menschen und Mitgeschöpfe zum Ziel hat und die ökologischen Lebensgrundlagen schützt. Dafür ist eine grundlegende Veränderung unserer derzeitigen Lebens- und Produktionsweise sowie ein umfassender kultureller Wandel notwendig. Zu den Werten dieser Gesellschaft gehören für uns Achtsamkeit, Entschleunigung, Solidarität und Kooperation, um ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle zu ermöglichen. Als notwendige weitere Schritte sehen wir u.a. einen schonenden Umgang mit Ressourcen, die Orientierung an Suffizienz und eine Verringerung von Produktion und Konsum im globalen Norden. Außerdem benötigen wir einen Ausbau demokratischer Entscheidungsformen, um echte politische Partizipation zu ermöglichen, sowie den Abbau globaler Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen wie etwa Rassismus, Sexismus und Neokolonialismus, damit tatsächlich alle Menschen am guten Leben teilhaben können. Ein solcher Ansatz wird auch als „Degrowth“ oder „Postwachstum“ bezeichnet.“ (<https://www.degrowth.info/de/globalday/>)

Minigolf-Open

Da Mini-Golfen nach der Corona-Verordnung möglich ist, werden wir im Juli oder August die 7. revista-Minigolf-Open an den Start bringen. Der Termin steht noch nicht fest ... aber: Wir werden euch in geeigneter Form informieren.

Für Online Polit-Veranstaltungen empfehlen wir:
<https://www.rosalux.de/veranstaltungen>



„Celle Künstler:innen zu Gast bei Eberhard Schlotter“. Die Geburtstagsausstellung im Bomann-Museum zu Schlotters 100stem. - Geöffnet Di-So von 11-17 Uhr bis zum 27.06.2021.

Kultursommer auf verschiedenen Bühnen

Vielleicht gibt's in diesem Sommer mehr Kultur in dieser Stadt als je zuvor. Für den sogenannten „Neustart“ wurde ein Förder-Füllkrug ausgeschüttet. U.a. damit werden eine Open-Air-Bühne an der CD-Kaserne bespielt, ein Zirkus-Zelt auf dem Schlossberg und – wie wir munkeln hörten – das Areal vor der Kita im Französischen Garten. Auch das Bunte Haus wird coronakonform in der Halle das eine oder andere anbieten, wenn die Inzidenzzahlen es erlauben.

